

INFORMATIONEN – NACHRICHTEN – MITTEILUNGEN

G 6789

ISSN 1869-6805

Nr. 152 · Sept. 2016

POLIZEI REPORT



BEZIRKSGRUPPE FRANKFURT/M. IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI
UND DER PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT



AUF EIN WORT...

LIEBE KOLLEGINNEN,
LIEBE KOLLEGEN,

ALS NEU GEWÄHLTER BEZIRKS-
GRUPPENVORSITZENDER DER GDP
BEZIRKSGRUPPE FRANKFURT AM
MAIN BEGRÜSSE ICH EUCH RECHT
HERZLICH UND MÖCHTE MICH
KURZ VORSTELLEN:

Ich trat nach meinem Abitur 1985 in den Dienst des Landes Hessen, und habe den damals üblichen Werdegang durchlaufen. Das heißt 2 Jahre Ausbildung in Kassel, gefolgt von 6 Monaten Abschlusslehrgang in Wiesbaden. Nach weiteren zwei Jahren in der Hessischen Bereitschaftspolizei in Hanau, zwei Jahren Einsatzzentrale beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main und 3 einhalb Jahren Revierdienst bei der Polizeistation in Bad Vilbel erfolgte das Studium an der Verwaltungsfachhochschule, Außenstelle Frankfurt am Main, mit dessen erfolgreichen Abschluss in 1998. Danach erfolgten verschiedene Verwendungen bis ich schließlich in 2000 beim hiesigen Polizeipräsi-

Auf ein Wort	3
§ 81 HBG Erfüllungsübernahme	7
Neue Wachpolizei	9
GdP – Stellungnahme	11
Danke für: 1 %	15
Neue Stellvertretende Landesvorsitzende	16
Öffentliche Anhörung im Landtag	16
Landesregierung „Den Marsch blasen“	19
Rechtsschutz oder Regress	19
Seminarangebot: Dienstunfallschutz	20
Kennzeichnungspflicht	21
Gesellschaft im Wandel der Zeit	25
Seminarangebot: Selbstbehauptung	27
Ehrungen	29
Nachruf	31
Äppel-Ex	33
Was war das ein schönes Grillfest	35
Vorstellung Hundestaffel der POB	39
JHV Senioren	43
Einladung: Weihnachtsfeier der Senioren	45
Seniorenaktion in Bornheim	47
Einladung: Seniorenseminar 2017	48
Eine Reise nach Colombia	49

dium in den Kriminaldienst (Betrug) wechselte. Nach einer Stipvisite bei der Polizeistation in Friedberg von 2005 bis 2010 wechselte ich wieder zum PP Frankfurt am Main. Auch hier wurde ich zunächst dem Betrugskommissariat zugewiesen. Nach weiteren 2 Jahren wechselte ich zum damaligen K25 (KFZ-Delikte), wo ich letztlich zum stellver-

tretenden Ermittlungsgruppenleiter ernannt wurde. Nach einer 6-monatigen Hospitation beim Kriminaldauerdienst wurde ich zum heutigen K 21/3 (KFZ-Delikte) bis zur Personalratswahl im Mai 2016, umgesetzt. Seit diesem Zeitpunkt bin ich freigestelltes Personalratsmitglied und seit ca. 3 Jahren Vorsitzender der Kreisgruppe Kripo.

Frankfurt

Nachdem Karin Schäfer als Vorsitzende des hiesigen Personalrates sowie in den geschäftsführenden Landesverband gewählt wurde, musste arbeitsbedingt eine Neuausrichtung des Vorsitzes im Bezirksgruppenvorstand erfolgen.

Die Arbeit im Personalrat füllt mich umfänglich aus und es ist mir ein Herzenswunsch, für euch und eure Belange zu kämpfen und zu streiten. Diejenigen, die mich in den vergangenen Jahren dienstlich enger begleitet haben, können das nachvollziehen und bestätigen.

Das ist nicht immer einfach und es gibt gelegentlich auch Reibungsverluste. Aber das muss auch so sein! Denn wo Meinungen, Wünsche und Hoffnungen der Belegschaft auf rechtliche Grundlagen und behördliche Bedürfnisse treffen, gibt es mitunter Dissonanzen, die nur in Gesprächen entsprechend geregelt werden können. Nicht immer ist eine Lösung, egal für welche Seite auch immer, als eine Ideallösung zu betrachten. Nicht immer können Bedenken oder Kritik ausgeräumt werden. Nicht immer wird es zufriedene Gesichter geben.....

Mein persönlicher Einsatz wird insbesondere darin bestehen zuzuhören, um offen für Lösungsvorschläge zu sein. Das ermöglicht Transparenz und Nachhaltigkeit bei allen Beteiligten. Im Nebenamt werde ich, wenngleich in verminderter Häufigkeit, der vorgeschobenen Fallbearbeitung weiterhin als QSV zur Verfügung stehen, ebenso wie bei Einsätzen der „Taktischen Kommunikation“.

Auch als Bachelorausbilder werde ich mein Fachwissen und mein Engagement weitergeben. Ich denke, dass es bis hierher für die Darstel-

lung meiner Person reicht, wer sonst noch etwas wissen möchte, dem stehe ich gerne zur Verfügung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe das Amt des Vorsitzenden der Bezirksgruppe Frankfurt am Main in einer Zeit übernommen, in der die Polizei, und insbesondere die Frankfurter Polizei, vor großen Herausforderungen steht. Hierzu bedarf es glaube ich keiner weiteren Erläuterung. Das ist zum einen für mich Verpflichtung, aber auch ein Stück Ehre und Verantwortung zugleich.

Wenn wir unsere Arbeitsbelastung sehen, die wir Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat, verteilt auf das Jahr erbringen und besonders in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger stellen, auf der anderen Seite die Gewaltbereitschaft und die Arbeitsmenge immer neue Herausforderungen mit sich bringen, dann muss man schlicht und ergreifend konstatieren, dass wir nicht irgendeinen Beruf haben, sondern eine Berufung. In Zeiten immer wachsender Ansprüche auf allen Seiten bedeutet das aber auch, immer wachsamer und aufmerksamer zu sein.

Immer vermehrt höre ich, dass unser Berufsstand weniger, oder einer immer geringeren Wertschätzung erfährt. Ich denke, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung schon weiß, was sie an unserer Polizei hat. Dass unser Dienst nicht immer transparent gemacht werden kann, liegt in der Sache selbst begründet. Wir dürfen daher nicht nachlassen, unser Bestes zu geben, das sind wir schon allein unseren Kindern und Kindeskindern schuldig. Dass wir dafür nicht oder nicht immer den Dank der Politik erhalten, darf diesbezüglich kein Maßstab für unser Handeln sein. Es

muss der Dienst am Menschen sein. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass keine Tätigkeit, kein Amt, keine sonst noch so geartete Arbeit mit der der Polizei vergleichbar ist.

Daher stehen wir in einem besonderen Focus, der uns immer wieder auch alles abverlangen kann. Aber nach jeder noch so großen Kraftanstrengung werden wir wieder fester da stehen; werden wir über uns hinauswachsen und neue Maßstäbe setzen.

Es ist immer weiter gegangen und es wird weiter gehen. Es stellt sich nur die Frage wie?!

Meiner Erfahrung nach hilft es nicht, die Hände in die Hosentaschen zu stecken und zu resignieren. Es hilft nicht, alles nur so hinzunehmen weil es eben so ist wie es ist. Wo Menschen agieren, da gibt es Veränderungen. Manchmal dauert es länger, um Veränderungen zu schaffen, manchmal sieht man Erfolge nicht sofort und manchmal muss man über Grenzen gehen, auch und insbesondere über die eigenen Grenzen. Nicht immer kann man Verständnis für dieses oder jenes aufbringen. Aber gemeinsam haben wir so vieles geschafft und erreicht. Und wir werden gemeinsam noch vieles schaffen und erreichen, da bin ich mir ganz sicher. Nur derjenige, der vorwärts gerichtet denkt und schaut, der wird auch langfristig Erfolge haben. Allein der Umstand, dass wir gemeinsam täglich unsere Arbeit verrichten können und dürfen ist ein Erfolg, weil er Sicherheit in unserem Land bedeutet. Weil unser Tun erst die Basis dafür schafft in Frieden und Freiheit für die Bevölkerung und damit letztlich für uns, zu leben. Und dafür sollen wir, nein müssen wir, dankbar sein.



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppe Frankfurt
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

für den Großraum Frankfurt am Main

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Andreas Grün
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Oliver Jochum

Redaktion/Redaktionsanschrift:

Karin Schäfer (V.i.S.d.P.)

Petra Moosbauer

Gewerkschaft der Polizei, BZG Frankfurt
Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt/Main

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.
Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 1869-6805)

Das funktioniert aber nur, wenn wir uns einig sein, wenn wir gemeinsam an einer Sache orientiert arbeiten. Gemeinsamkeit bedeutet Stärke und somit Durchsetzungskraft....

Ich finde es im Übrigen selbstverständlich, dass an angebrachter Stelle mal ein Lob oder eine Anerkennung erfolgen muss. Ich denke, dass beide Elemente in unserer schnelllebigen Zeit oftmals zu kurz kommen. Allein der Schulterklaps der Kollegin/des Kollegen mit den Worten: "Gut gemacht!" setzt doch so manches Mal Energien frei.

Viele sind der Meinung, dass Anerkennung auch auf dem eigenen Konto spürbar sein müsste. Ja, das trifft auch sicherlich zum Teil zu, denn irgendwie müssen wir unser Leben auch bezahlen. Und ich weiß genau, wovon ich rede....

Aber wie in allen Bereichen, liegt die Wahrheit irgendwo in der Mitte. Daher werde ich mich auch für eine angemessene Alimentierung ein-

setzen. Das Mindeste ist die Rückkehr Hessens in den Tarifverbund der Länder, verbunden mit der Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten. Alleine der Schichtdienst an sich ist familienunfreundlich und muss höher vergütet werden.

Dass wir mit unserem Personal nur noch eine Mangelverwaltung versuchen, gerechter aussehen zu lassen, hat sich mittlerweile rumgesprochen. Hierzu möchte ich keine Kommentare mehr abgeben; insbesondere in den letzten Wochen und Monaten wurde darüber hinreichend berichtet. Aber muss in unserem Land immer etwas passieren, um Mängel zu beheben. Wer spricht über die psychische Belastung unserer Kolleginnen und Kollegen? Ist unsere dienstliche Tätigkeit tatsächlich so familienfreundlich, wie es propagiert wird? Immerhin hat sich das Problem in Wiesbaden herumgesprochen und die Hessische Landesregierung

stellt mehr Personal ein, aber wie ihr wisst, wird es noch eine Zeit dauern, bis dieses Personal auch ankommt. Und wer garantiert uns, dass das so bleibt? Wer garantiert uns in Zukunft, dass es Stellenhebungsprogramme geben wird? Wer garantiert uns gesetzliche Regelungen, die es erst ermöglichen, unsere Arbeit effektiver zu gestalten und den Anforderungen der heutigen Zeit zu genügen...?

Die Antwort ist recht einfach: WIR SIND ES !!!

Wir alle müssen dafür kämpfen, dass Freiheit und Sicherheit nicht nur geschrieben steht, sondern auch gelebt und erlebt werden können.

Also lasst uns nicht jammern, sondern anpacken!!

Euer

Peter Horlacher

§ 81 HBG ERFÜLLUNGSÜBERNAHME BEI SCHMERZENGELD

SEIT DEZEMBER 2015 IST DER § 81A HESSISCHES BEAMTENGESETZ IN KRAFT UND DAMIT EINE REGELUNG GESCHAFFEN WORDEN, BESTEHENDE SCHMERZENGELDANSPRÜCHE, VOM LAND HESSEN ÜBERNEHMEN ZU LASSEN.

Der § 81a HBG Absatz 1 sagt aus:

„Hat die Beamtin oder Beamte wegen eines tätlichen rechtswidrigen Angriffs, den sie oder er in Ausübung des Dienstes oder außerhalb des Dienstes wegen der Eigenschaft als Beamtin oder Beamter erleidet, einen Vollstreckungstitel über einen Anspruch auf Schmerzensgeld über einen Betrag von mindestens 500 Euro gegen einen Dritten erlangt, kann der Dienstherr auf Antrag die Erfüllung dieses Anspruchs bis zur Höhe des festgestellten Schmerzensgeldbetrags übernehmen, wenn die Vollstreckung erfolglos geblieben ist. Dies gilt nicht, soweit der Schmerzensgeldbetrag objektiv unverhältnismäßig zu den erlittenen immateriellen Schäden und deshalb der Höhe nach offensichtlich unangemessen ist“.

Im Klartext bedeutet dies, wenn ihr im Rahmen einer dienstlichen Tätigkeit Schaden erlitten habt, und ihr im Rahmen eines Gerichtsverfahrens bzw. Adhäsionsverfahrens vermögensrechtliche Ansprüche (Titel) gegen einen dritten erwirkt habt, kann das Land Hessen dies Forderung an den Dritten übernehmen.

In der Praxis sieht es ja leider so aus, dass der Geschädigte jahrelang dem Geld hinterherlaufen muss.

Der Antrag muss formlos an die Verwaltung des Polizeipräsidiums erfolgen. Von dort aus wird geprüft, ob die Voraussetzungen gem. § 81a (1) HBG erfüllt sind.

Falls ihr weiter Fragen habt, wendet euch an die Bezirksgruppe Frankfurt.

Karin Schäfer

GEMEINSAM STARK
für deine Zukunft!

94 NEUE WACHPOLIZISTINNEN UND -POLIZISTEN

HERZLICH WILLKOMMEN

94 WACHPOLIZISTINNEN UND -POLIZISTEN VERSTÄRKEN IM AUGUST 2016 DIE FLÄCHENPRÄSIDIEN

Der Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, Werner Koch, hat am Freitag, 5. August, in Anwesenheit vieler Angehöriger, Freunden und Bekannten, 94 Wachpolizistinnen und Wachpolizisten im Dienst des Landes Hessen begrüßt. „Die Wachpolizei ist ein wichtiger Baustein der Sicherheitsarchitektur in Hessen. Ich freue mich, sie heute in den Reihen der hessischen Polizei begrüßen zu dürfen“, so Werner Koch an der Polizeiakademie Hessen.

Die Aufgabenbereiche der Wachpolizisten bei der hessischen Polizei sind klar definiert. Die Wachpolizei ist eine sinnvolle Institution, die sich in Hessen seit über 16 Jahren bewährt hat. Das setzt nicht zuletzt Kapazitäten bei der Schutzpolizei frei.

Aus der Historie, die ersten Wachpolizisten wurden vor 16 Jahren als Pilotversuch beim PP Frankfurt am Main erprobt, haben sich in Hessen rund 600 Wachpolizisten etabliert. Die Übertragung von Aufgaben an die Wachpolizei hat bei den Polizeipräsidien zu einer Entlastung von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten – insbesondere in den Bereichen Objektschutz, Erkennungsdienst, Gefangenentransporte, Vorführungen und Abschiebungen – geführt.

Die Einstellung von 100 neuen Wachpolizistinnen und Wachpolizisten wurde bereits frühzeitig im Rahmen der Haushaltsplanung 2016 beschlossen. Von insgesamt 100 eingestellten können nach der 18 wöchigen Ausbildung 94 Kolleginnen und Kollegen im Dienst des Landes Hessen begrüßt werden. Leider sind die zusätzlichen Stellen für die Wachpolizei mit einem Haushaltsvermerk (kw – Vermerk) versehen, den der Haushaltsgesetzgeber 2019 dann wieder zu beachten hat.

Einen besonderen Dank richteten zwei Sprecher des Ausbildungsjahrgangs an die Ausbilder!

Diese wurden in dem knackigen 18 wöchigen, komprimierten Schulungszeitraum nicht Müde, den angehenden Wachpolizistinnen und Wachpolizisten wesentliche dienstliche Fundamente zu vermitteln. Mit besonderem Engagement aber auch sozialer Kompetenz sei es gelungen, auch schwierige Sachverhalte zu vertiefen. Diese gelte es nun, im Rahmen der ständigen Fortbildung weiter zu vertiefen und auszubauen.



In der Sporthalle der Polizeiakademie erhielten die strahlenden Wachpolizistinnen und Wachpolizisten aus den Händen ihrer künftigen Behördenleiter neben den Schulterklappen auch ihre Ausbildungsnachweise.

Beim anschließenden kleinen Empfang kam es dann zu guten Gesprächen zwischen allen Beteiligten, Familien und Angehörigen. Natürlich wurden auch etliche Erinnerungsfotos gefertigt. Bleibt zu hoffen, dass unsere neuen Kolleginnen und Kollegen stets Freude am Beruf haben, und immer sicher und unversehrt nach den Diensten zu ihren Angehörigen zurückkehren.

gdp



GdP-STELLUNGNAHME ZU RECHTSEXTREMISMUS

GdP-STELLUNGNAHME FÜR EINE ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG (DS 19/3379)

Die rechtsextremistische Szene in Hessen stellt sich als sehr heterogen dar. Sie besteht aus unterschiedlichen Gruppen wie Skinheads, neonazistischen Organisationen wie Kameradschaften oder Parteien wie der NPD. Die Neonaziszene nimmt einen großen Teil davon ein. Hierbei sind neonazistische Aktivitäten und öffentlichkeitswirksame propagandistische Aktionen wie Mahnwachen, Demonstrationen sowie das Verteilen von Aufklebern und Flugblättern zu beobachten. Mit Hilfe des Internets wird die Öffentlichkeitswirksamkeit gesteigert, die neonazistische Weltanschauung verbreitet und versucht, neue Mitglieder und Sympathisanten zu gewinnen. Auch die Brauchtumpflege spielt dabei eine wichtige Rolle.

In der Szene sind unterschiedliche Strukturen und Organisationsgrade zu beobachten. Vor allem neonazistische Vereine, Kameradschaften und die sogenannten „Freien Kräfte“ prägen das Bild der Erscheinungsformen.

Diese Gruppierungen haben die Polizei in der Vergangenheit oft beschäftigt. Auf lokaler Ebene kam es immer wieder zu Einschüchterungsversuchen, Propagandadelikten (§ 86 - Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen - § 86a - Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen), Körperverletzungen und Beleidigungen. Dies hat auch immer Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Eine starke Polizeipräsenz, hoher Kontrolldruck und die stringente Verfolgung von begangenen Straftaten sind unerlässlich, um aufkeimende neonazistische Strukturen wieder zu verdrängen.

Neben den neonazistischen Gruppierungen spielt in der Parteienlandschaft die NPD, trotz sinkender Mitgliederzahlen, die größte Rolle. Im Vorfeld der hessischen Landtagswahl 2013 wurden in verschiedenen Gemeinden in Hessen Wahlplakate der NPD mit Aufschriften wie „Maria statt Scharia“ oder „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“ durch die NPD aufgehängt. Gerade hierin zeigt sich, wie offen teilweise rassistische und volksverhetzende Pro-

paganda betrieben wird.

Eine Subkultur unter den Rechtsextremisten stellen die Skinheads dar. Mit den Erkennungsmerkmalen Bomberjacke, Springerstiefel und kurz geschorenen Haaren war es zunächst eine eher unpolitische Gruppierung, die damit eine Protesthaltung gegen soziale Missstände zum Ausdruck brachte. Anfang der achtziger Jahre kam diese Gruppierung zunehmend unter politischen Einfluss, ohne sich jedoch politisch - organisatorisch strukturieren zu können. Ideologisch sind die Skinheads dicht bei dem Gedankengut der Neonazis. Diese Gesinnung wird jedoch nur oberflächlich ausgelebt. Trotzdem stellt die Skinheadszenen die größte Gruppe gewaltbereiter Rechtsextremisten in Deutschland dar. (LFV)

In der Skinheadszenen sind es oft Freizeiterlebnisse in der Gruppe, bei denen eine hohe Gewaltbereitschaft, besonders in Verbindung mit Alkoholkonsum, zu verzeichnen ist. Rechte Musik und rechte Konzerte spielen eine bedeutende Rolle in der Szene. Hier werden rechtsradikale politische Botschaften besonders jungen Menschen zugänglich gemacht und über das Medium Musik rechte Ideologien transportiert und mit dem Musikerlebnis verbunden.

Bei vielen rechtsextremistischen Aktivitäten spielt das Internet eine bedeutende Rolle. In eigenen Foren, aber auch den frei zugänglichen sozialen Netzwerken erfolgt Kommunikation und Meinungsbildung. Aber auch Mobilisierung für Demonstrationen und Konzerte finden über das Internet statt. Zunehmend ist jedoch zu beobachten, dass immer mehr konspirativ gearbeitet wird. In den meisten Fällen findet ein Erstkontakt über das Internet statt. Danach wird aber oft mit dem Smartphone und herkömmlicher Telefonie der weitere Kontakt bis hin zum Einsatz von Mittelsmännern und Kurieren betrieben. Dies erschwert der Polizei die Recherche, wo Versammlungen, Treffen und Konzerte der rechten Szene stattfinden. Erstrebenswert wäre eine personell unterlegte lokale, bei den Polizeipräsidien angesiedelte Internetauswertestelle,

um die Aktivitäten der einzelnen rechten Gruppierungen, Kameradschaften und „Freien Kräfte“ umfänglicher auszuwerten und bewerten zu können.

Statistische Werte (auszugsweise)

Im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) „Rechts“ ist in Hessen mit 707 gemeldeten Fällen für das Jahr 2015 ein Anstieg um 159 Straftaten (Zuwachs von 29 Prozent) zum vergleichbaren Zeitraum des Jahres 2014 zu verzeichnen. Die Aufklärungsquote von 31,1 Prozent lag dabei geringfügig unter dem Niveau des Jahres 2014 (33,2 Prozent). Wie bereits in den vergangenen Jahren bildeten auch 2015 die Propagandadelikte den Schwerpunkt mit insgesamt 379 Fällen. Dies entspricht mehr als der Hälfte der Gesamtstraf-taten dieses Phänomenbereichs. Die Anzahl der Gewalttaten bewegt sich mit 21 Fällen (davon 18/85,7 Prozent geklärt) unter dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums (25 Fälle, davon 18/72 Prozent geklärt). Körperverletzungen (18 Fälle) hatten dabei den größten Anteil.

Im vergangenen Jahr ist es in Hessen zu insgesamt 28 Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte gekommen, wovon 25 als politisch rechts motiviert (PMK-rechts-) eingestuft wurden. Darüber hinaus kam es in weiteren Fällen zu Übergriffen auf Flüchtlinge, zumindest dabei in 39 Fällen auch mit hoher Wahrscheinlichkeit aus politischen Motivationen (17 PMK -rechts-) heraus. (Hessisches Innenministerium Mai 2016).

Im Bereich der Entwicklung des Gesamtstrafatenaufkommens der PMK -„Rechts“ liegt Hessen mit plus 29 Prozent leicht unter dem Bundesdurchschnitt von plus 34 Prozent.

Bei den Straf- und Gewalttaten, die sich gegen Asylunterkünfte bzw. in den Liegenschaften befindlichen Personen richten, waren bundesweit die stärksten Steigerungsraten im gesamten Meldedienst zu verzeichnen.

So stiegen die Gewalttaten in Deutschland gegen Asylunterkünfte und den darin untergebrachten Personen von 177 Gewalttaten im Jahr 2014 auf 923

Gewalttaten in 2015. Das entspricht einer Steigerungsrate von 421,5 %.

Am Beispiel dieser Zahlen wird deutlich, wie sehr mit dem Zustrom von Asylbewerbern und Flüchtlingen auch das Straftatenaufkommen gegen diesen Personenkreis angestiegen ist.

Eine detaillierte Statistik über die politisch Motivierte Kriminalität des Jahres 2015 sind den Veröffentlichungen des Bundesministeriums des Inneren zu entnehmen.

Die Präsenz der Polizei und die Intensität polizeilichen Tätigwerdens, sei es im präventiven Bereich wie auch im repressiven Bereich, ist gerade in dem Bereich rund um die Unterkünfte besonders hoch. Aber auch der niederschwellige Bereich unterhalb von Straftaten fordert die Polizei personell und zeitlich enorm. Hier wird bewusst viel Zeit und Personal investiert, um im Stadium von Streitigkeiten und aggressivem Verhalten rechtzeitig und deutlich zu dokumentieren, dass es seitens der Polizei keine Toleranz für fremdenfeindliche Aktivitäten gibt.

Ziel ist es, in Hessen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten keine Versammlungen und Aufzüge zuzulassen, in denen erkennbar rechtsextremistisches Gedankengut vertreten wird.

Es muss erreicht werden, dass bereits im Vorfeld solche Versammlungen und Aufzüge verboten werden. Die zuständigen Ordnungsbehörden werden über einschlägige Erkenntnisse der Polizei unverzüglich unterrichtet.

Bei Demonstrationen rechter Gruppierungen und der NPD ist immer ein erhöhtes Polizeiaufgebot nötig, um die Sicherheit und Ordnung, aber auch das Recht auf Demonstrationsfreiheit, durchzusetzen. Genehmigte rechte Demonstrationen polizeilich zu schützen und zu begleiten, ist vor dem Hintergrund, dass rechte Demonstrationen immer Gegendemonstrationen hervorrufen, eine schwierige Aufgabe für die Polizei. Deshalb muss bei Demonstrationen der rechten Szene das Versammlungsrecht stringent angewendet und bei Verstößen konsequent durchgegriffen werden.

Man muss den Rechten förmlich auf den Füßen stehen. Keines ihrer Treffen darf unbehelligt bleiben. Keine rechtsextreme Party ohne Polizeipräsenz. Bei Einsätzen aus Anlass rechtsextremistischer Veranstaltungen setzt die Polizei

eine niedrige Einschreitschwelle an. Der polizeiliche Handlungswille und die Handlungsfähigkeit der Polizei werden durch entschlossenes und konsequentes Auftreten immer wieder dokumentiert.

Rechtsterroristische Vereinigungen die mit dem Potenzial des „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) vergleichbar wären, sind momentan nicht aktiv. Der nach den NSU-Untersuchungsausschüssen erkannte und verbesserte Austausch zwischen den Nachrichtendiensten und der Polizei sollte auch künftig ein wirksames Instrument im Kampf gegen terroristische Aktivitäten jedweder Art sein.

Parteien wie die NPD, Der dritte Weg, Die Rechte, aber auch die in einigen Parlamenten vertretene Alternative für Deutschland (AfD) bereiten mit einer breiten „Anti-Asyl-Agitation“ den Boden für rechtes Gedankengut und Hetze gegen Flüchtlinge. Gerade durch Führungspersonen der AfD wurde dies in der Vergangenheit immer wieder Beispiele dafür geliefert.

Ich erinnere an den rechtlich wie ethisch völlig fehlgeleiteten Vorstoß von der AfD Vorsitzenden Frauke Petry, an der Grenze auf Flüchtlinge schießen zu lassen.

Viele Menschen fühlen sich durch den großen Strom der Flüchtlinge in unser Land verängstigt. Durch einfache Parolen aus dem rechten Spektrum geraten sie in den Dunstkreis fremdenfeindlicher Gruppierungen. Viele werden „stille Dulder“ dieser fremdenfeindlichen Agitation und unterstützen bei Demonstrationen oder sonstigen Veranstaltungen. Andere schließen sich aktiv rechtsextremistischen Gruppierungen an und werden zu Tätern.

Für diese Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen den Weg in rechtsextreme Gruppierungen gefunden haben, gibt es eine Reihe von vielversprechenden Hilfsangeboten, um den Ausstieg wieder zu schaffen.

Ausstiegsprogramme und Hilfen **IKARus**

Allen voran wäre hier IKARus (Informations – und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfen Rechtsextremismus beim HLKA) zu nennen. IKARus bietet zum einen konkrete individuelle Hilfe für Ausstiegswillige aus der rechten Szene und zum anderen werden Jugendliche präventiv beraten, um nicht in den Rechts-

extremismus abzudriften. Wenn bei Vernehmungen bei der Polizei erkannt wird, dass Personen sich nunmehr distanzieren oder aus sonstigen Gründen erkennbar ist, dass ein Verbleib in der Szene nicht mehr immanent ist, dann wird gezielt auf die Hilfsangebote wie beispielsweise IKARus hingewiesen und der Kontakt hergestellt.

IKARus ist Mitglied im Landesprogramm „Beratungs-Netzwerk Hessen: Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus.“ Nach Vorkommnissen mit einem rechtsextremen, antisemitischen oder rassistischen Hintergrund wird in Schulen, Vereinen und Kommunen Beratung geleistet.

„Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“

Der Einstieg von Jugendlichen in die rechtsextreme Szene kommt nicht über Nacht. Es ist meist ein schleichender und langwieriger Prozess. Dabei gilt es, Auffälligkeiten und Persönlichkeitsveränderungen richtig zu erkennen und den Einstiegsprozess zu unterbrechen. Das Projekt „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ umfasst die Jugendarbeit und Elternberatung. Es bietet Ausstiegshilfen, Kontakte sowie kompetente Informationen, Beratung und Fortbildungen an. Damit schließt das Projekt die Lücke der Ausstiegshilfen zu bereits vollständig in die rechte Szene abgedrifteten Jugendlichen.

Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX)

KOREX ist dem Landesamt für Verfassungsschutz in Hessen angegliedert. KOREX bereitet Fachwissen über Rechtsextremismus auf und stellt dieses für die Präventionsarbeit zur Verfügung. Es werden Broschüren und öffentliche Vorträge erstellt sowie Verantwortungsträger beraten.

Außerdem erstellt KOREX regionale Analysen über rechtsextremistische Bestrebungen im lokalen Bereich. Eine weitere Aufgabe ist es, durch verstärkte Beobachtung im Internet die Verbreitung von rechtsextremistischer Propaganda und Filmen zu erkennen. Dabei werden auch rechtsextremistische Foren und Chats überwacht, um beabsichtigte Gewalttaten oder gar Anschläge frühzeitig zu erkennen.

Das Beratungs Netzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus soll demokratische

Strukturen stärken, Rechtsextremismus und Salafismus vorbeugen sowie Betroffenen Hilfe geben. Das Netzwerk berät hessenweit Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine und weitere Hilfesuchende nach Vorfällen mit einem rechtsextremen, antisemitischen oder rassistischen Hintergrund. Das an der Philipps-Universität Marburg angegliederte Demokratiezentrum Hessen stellt auch die Geschäftsstelle des Beratungsnetzwerkes Hessens dar. Es unterhält mobile Außenstellen in Kassel und Heppenheim.

Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)
Das Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus vernetzt die landesweiten präventiven Aktivitäten für Demokratie und Toleranz und gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen. Die Gewerkschaft der Polizei begrüßt die Bündelung und Koordinierung von Hilfsangeboten sowie die Vernetzung präventiver Ansätze. Mit seinem phänomenübergreifenden sowie ressort- und organisationsübergreifenden Ansatz koordiniert und optimiert das HKE alle Bestrebungen aus den Bereichen des Rechts-, des Links- und des islamistischen Extremismus zentral.

Bewertung

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe bei der alle Bereiche unseres gemeinschaftlichen Zusammenlebens angesprochen und aufgefordert sind, sich klar gegen rassistische und neonazistische Tendenzen zu positionieren.

Ein vom Bundeskriminalamt veröffentlichtes Forschungsprojekts „Extremismen in biographischer Perspektive“ wurde von der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des BKA konzipiert und in Kooperation mit dem Rhein Ruhr Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) an der Universität Duisburg-Essen durchgeführt.

Die Studie kommt u.a. zu folgenden zentralen Ergebnissen:

Radikalisierungsprozesse stellen keine, von der sonstigen Entwicklung anderer Lebensbereiche (wesentlich: Schule, Familie, Freizeit) isolierten Prozesse dar.

Sie sind integraler Bestandteil biographischer Verläufe. Es gibt Gemeinsamkeiten in den psychosozialen Dynamiken

der Akteure ideologisch unterschiedlich orientierter Milieus. Hierzu gehören z. B. strukturell und emotional gestörte Familiensysteme, Missverhältnisse zwischen Anforderungen und verfügbaren sozialen Stützsyste men sowie Brüche in Bildungskarrieren.

Trotz aller Ähnlichkeit bestimmter psychosozialer Grundmuster der Entwicklungsverläufe werden auch sehr unterschiedliche Motivlagen und Wege in den Extremismus offenkundig. Radikalisierungsverläufe von Akteuren unterschiedlicher extremistischer Milieus weisen mehr Gemeinsamkeiten hinsichtlich ihrer psychosozialen Verlaufsdynamik auf, als es die jeweiligen ideologischen Grundlagen der unterschiedlichen Milieus vermuten lassen.

Die untersuchten Biographien charakterisieren grundlegend entwicklungsbelastete Personen. Ursachen sind beispielsweise strukturell und emotional gestörte Familiensysteme, fehlende soziale Bindungen oder Brüche in Bildungs- und Berufskarrieren.

Deshalb ist es richtig, gerade den präventiven Bereich der Beratung, der Ausstiegshilfen, aber auch den intelligenten Ansatz der „Roten Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“, weiter intensiv zu betreiben um ein Abdriften in die extremistische Szene möglichst zu verhindern.

Aber auch schon im Vorfeld muss von staatlicher Seite, gerade in den Schulen, noch mehr Aufklärung betrieben werden um junge Menschen vor den Propagandafallen extremistischer Gruppierungen zu schützen und aufzuklären.

Ohne das Trennungsgebot von Polizei und Verfassungsschutz anzutasten muss sichergestellt sein, dass wichtige Informationen für die andere Organisation bereitgestellt und zugänglich gemacht werden.

Das HKE sowie die angebotenen Hilfs- und Ausstiegsprogramme sind wertvolle Institutionen um eine breite Befassung mit dem Thema Rechtsextremismus sicherzustellen.

Das Verhindern von rechtsextremistischen Gewalttaten gegen Asylunterkünfte und die Menschen, die sich darin aufhalten, ist eine große Herausforderung für die Polizei. Im vergangenen Jahr kam es in Hessen zu 28 Über-

griffen auf Flüchtlingsunterkünfte und zu weiteren 39 Fällen zu Übergriffen auf Flüchtlinge. Das Verhindern von solchen Straftaten stellt die Polizei vor enorme Herausforderungen.

Die Bewachung der Unterkünfte und die Fallbearbeitung der Straftaten gegen Flüchtlinge benötigen einen hohen Personalansatz. Darüber hinaus verwendet die Polizei enorme Ressourcen auch im unterschweligen Bereich, in dem es noch nicht zu Straftaten gekommen ist. Diese Anstrengungen sind aber nötig und wichtig, um wachsende Konflikte bereits im Vorfeld einer Straftat ausräumen und beenden zu können. Solche Anstrengungen können über mehrere Tage gehen und verbrauchen viel Zeit und Personal. Sie schlagen aber in keiner Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) auf.

Um den Phänomen von extremistischen Gewalttaten bis hin zu terroristischen Anschlägen adäquat begegnen zu können, ist die Präsenz der Polizei in der Fläche ein wichtiger Faktor. Ob bei Anschlägen wie in Frankreich oder Belgien oder fremdenfeindlich unterlegten Amoktaten wie kürzlich in München mit 9 Toten, entscheidend für eine schnelle und effektive Intervention durch die Polizei ist auch die ausreichende Präsenz in der Fläche.

Der Amoktäter von München hatte noch 300 Schuss Munition dabei. Nicht auszudenken, was alles hätte geschehen können, wenn er nicht binnen kurzer Zeit von der Polizei gestellt worden wäre.

Mit der Einstellungsoffensive des Landes Hessen durch zusätzliche 1010 Vollzugsstellen bei der Polizei bis zum Jahr 2020 folgt die Landesregierung einer zentralen Forderung der GdP Hessen. Angesichts der anhaltenden Bedrohungs- und Anschlaglage in Deutschland muss die Zahl der benötigten Vollzugsstellen aber immer wieder neu bewertet werden.

Der Stellenabbau bei der Polizei in den letzten Jahren darf sich nicht wiederholen. In fast allen Bundesländern ist eine Unterversorgung der Polizei zu beklagen, die vor dem Hintergrund der Lageentwicklung im Bereich der terroristischen Bedrohung und der

Massenmigration von Menschen aus der ganzen Welt eine völlig neue Dimension erhalten hat.

Politik muss Verantwortung zeigen und sich zu einer personell wie technisch gut ausgestatteter Polizei bekennen – in ruhigen wie in belastenden Zeiten. Polizei muss heute auf veränderte Bedingungen und eine immer internationalere Kriminalität schnell reagieren können. Das heutige Bekenntnis der Politik, dass überall in der Bundesrepublik zu wenig Polizei vorhanden ist, kann erst in drei Jahren,

nach Abschluss der Ausbildungszeit, ausgeglichen werden.

Die bereits vollzogenen und die geplanten Aufstockungen der Staatsschutzdienststellen in Hessen werden von der GdP ausdrücklich begrüßt. Es muss jedoch sichergestellt sein, dass auch in die Polizeistationen und Reviere zusätzliches Personal verortet wird. Gerade München hat gezeigt, dass polizeiliche Präsenz vor Ort unerlässlich ist, um im ersten Angriff bei Amok- oder Terrorlagen schnell intervenieren zu können. Außerdem wurde aus

den Basisdienststellen der hessischen Polizei in den letzten Jahren immer wieder Personal herausgezogen, um andere wichtige Bereiche (Prävention, Cybercrime, Staatsschutz) personell aufzustoeken. Diese Eingriffe in gewachsene Personalstrukturen der Basisdienststellen haben unübersehbare Folgen nach sich gezogen und bedürfen dringender Korrekturen.

Andreas Grün
GdP-Landesvorsitzender

ES GIBT EINE BESOLDUNGSERHÖHUNG

DANKE FÜR: 1 %

Der Unmut ist groß, die Basis brodeln. Hessen ist vorn. Es gibt kein Geld für die Beamten. In allen Bundesländern, außer in Hessen, kam es zu einer Erhöhung der Beamtenbesoldung. Die Tarifiergebnisse wurden auf die Beamten übertragen. Hessen alimentiert seine Beamten im vergangenen Jahr mit einer Nullrunde, ab 01.07.16 gibt es Besoldungserhöhung von 1 %.

HESSEN HAT DOCH NOCH ETWAS FÜR SEINE BEAMTEN ÜBRIG!

Das sind Almosen statt richtige Alimentation. Nach der Steuerschätzung gibt es dieses Jahr 260 Millionen mehr für das Land Hessen. 2017 kommt noch mehr Geld in die Kasse. Da kann sich der hessische Finanzminister doch freuen. Was passiert mit den Mehreinnahmen? Werden da jetzt Löcher gestopft oder versickert das Geld jetzt im Nirgendwo.

Aber es wird noch „doller“.

Am 13.05.16 wird der Gesetzentwurf mit dem Besoldungsdiktat von den Schwarzen und Grünen veröffentlicht. **Dieses Besoldungsdiktat der Schwarzen und der Grünen in Hessen musste während der Personalratswahl raus.** Für die hessischen Beamten gibt es nur eine Erhöhung ihrer Besoldung von einem Prozent zum 01.07.16. Das ist eine Provokation erster Güte. Es hat den Anschein, dass die Gewerkschaften geschädigt werden sollten. Jetzt brodeln es nicht nur bei den Beamten, es schäumt. Etwas Hoffnung war da, dass bei den derzeitigen unruhigen Zeiten

(Bedrohung durch Anschläge, Flüchtlingswelle usw.) die hessische Regierung doch noch umschwenkt.

Doch alles ist für die Katz.

Alles perlt an diesen Schwarzen und Grünen ab.

Irgendwie hat man den Eindruck, dass diese Schwarzen

und Grünen in Hessen gegen alles resistent sind. Es gab viele öffentlichkeitswirksame Aktionen, Demonstrationen, viele Gespräche mit vielen Politikern. Aber den Schwarzen und Grünen juckt das alles nicht. Die Wertschätzung gegenüber den eigenen Beamten ist nicht da.

Fürsorgepflicht = Fremdwort. Geringschätzung, die ist da!

An anderer Stelle wird das Geld aus dem Fenster geworfen. Für die Kennzeichenschilder, die die Beamten tragen sollen, ist Geld da. Ich hab jetzt auch einen Packen bekommen. Ich musste auch auf dem Wisch quittieren, dass ich diese Schilder erhalten habe. Dann gab es noch so einen Wisch, wo auf die Tragpflicht der Kennzeichenschilder hingewiesen wird. Da hat alles seine Ordnung. Der Belehrungsordner wird damit auch noch befüllt. Das hat alles seine Richtigkeit. So können sie uns schön an den Hammelbeinen langziehen. Aber



zum Glück gibt es noch kreative Köpfe. Es gibt auch ein Kennzeichenschild mit der Aufschrift „Danke für: 1 %“. Wir bringen dadurch zum Ausdruck, dass wir uns über die Erhöhung der Besoldungserhöhung freuen.

Und unsere Minister sind auch zufrieden, wenn wir uns darüber freuen. Aber die Freude trübt. Wir dürfen diese Schilder nicht im Dienst tragen, sonst gibt es ein Disziplinarverfahren. Dann freuen wir uns nicht mehr. Wir müssen das Nichttragen des kreativen Kennzeichenschildes akzeptieren. Loyalität wird gefordert. Hier kommt mir die Bremse aus dem Innenministerium bezüglich der Abbestellung des Newsletter des Innenministers wieder in den Sinn. Loyalität wird gefordert.

Von oben diktiert! Wo soll das noch hinführen?

Die Basis brodeln und schäumt weiter.

Der Verfasser ist der Redaktion bekannt

Bild: PeMo

BEIRATSITZUNG

NEUER STELLVERTRETENDEN LANDESVORSITZ ZU BESETZEN

Mehrere Minuten dauerte der Applaus nachdem unser Landesvorsitzender Andreas Grün, Lothar Hölzgen in seinen wohlverdienten Ruhestand verabschiedete.

Lothar, der lange Jahre als stellvertretender Landesvorsitzende die Geschicke der GdP mitlenkte, bedankte sich in einer emotionalen Abschiedsrede und unterstrich, dass es sich immer gelohnt habe, für Kolleginnen und Kollegen zu kämpfen, nun sei es aber an Zeit, das Zepter zu übergeben.

Schon seit 2002 hatte die GdP Frankfurt keinen stellvertretenden Landesvorsitz mehr inne. Dies sollte sich nun ändern:

Wunschgemäß wurde Karin Schäfer, bisher gleichberechtigtes Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand, zur



Karin Schäfer und Lars Elsbach
Lothar Hölzgen bei seiner Abschiedsrede

stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

Somit ist die größte Bezirksgruppe wieder mit an der Spitze der GdP Hessen vertreten.

Lars Elsbach, Bezirksgruppe Nordhessen, wurde einstimmig zum gleichberechtigten Mitglied in die Geschäftsführung gewählt und wird dort das Aufgabenfeld der Kriminalpolizei übernehmen.

Die Bezirksgruppe Frankfurt wünscht Lothar für seine Ruhestand alles Gute und den beiden Neugewählten ein glückliches Händchen und eine immer währende Motivation für die neuen Ämter.

KaSc
Bilder: Ho

BEAMTENBESOLDUNG

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG IM HESSISCHEN LANDTAG AM 30. JUNI 2016

Noch in der Wahlwoche, in den Nachmittagsstunden des 10. Mai 2016, machte der durch CDU und Bündnis 90/die Grünen eingebrachte Gesetzentwurf (DS 19 / 3373) zur Beamtenbesoldung 2016 in „Windeseile“ landesweit die Runde. Ganze Dienstgruppen verweigerten in Kenntnis des vorgelegten Gesetzentwurfs daraufhin ihre Bereitschaft, an den Personalratswahlen teilzunehmen und ihre Stimmen abzugeben!

Damit blieben viele treue Stammwählerinnen und Stammwähler den Wahlurnen fern!

Ob und inwieweit die Veröffentlichung dieses Gesetzesentwurfs in Kenntnis oder Unkenntnis der bei der hessischen Polizei laufenden Personalratswahlen bewusst gesteuert wurde, kann an dieser Stelle nicht aufgelöst werden. Festzustellen ist aber, dass diese „Kalt-schnäuzigkeit“ der Regierungsfrakti-

onen deutlich macht, was ihnen die hessischen Polizei-, Fach- und Verwaltungsbeamtinnen und –beamten wert sind!

Bereits im Jahre 2011 hatte der Hauptpersonalrat der hessischen Polizei die Interessen der Polizeivollzugs-, Fach- und Verwaltungsbeamtinnen und –beamten in einer öffentlichen Anhörung im Innenausschuss auf den Punkt gebracht. Seiner Zeit waren landesweit alle Kolleginnen und Kollegen per E – Mail aufgefordert, ihre Sicht der Dinge (zur damaligen beabsichtigten Tarifübertragung auf die Beamtinnen und Beamten) ungefiltert darzustellen.

Auch fünf Jahre später hatte der HPR zu diesem Mittel gegriffen.

Aus allen Bereichen der hessischen Polizei erreichten uns E – Mails, die zum Teil auch unter die Haut gingen. Neben den am 30. Juni 2016 zahlreichen anzuhörenden Verbänden und Gewerkschaften



hatten wir als Hauptpersonalrat der hessischen Polizei unseren Beschäftigten im Rahmen der Anhörung also auch eine Stimme verliehen, die durch sehr viele E – Mails von Kolleginnen und Kollegen inhaltlich gestützt wurde.

Leider blieben den Anzuhörenden nur rund 7 Minuten Zeit, die Argumente vorzutragen. Vor dem Hintergrund der zahlreichen Anzuhörenden Verbände und



v.l.n.r.: Jens Mohrherr, Harald Zwick, Peter Horlacher, Elke Oswald

Gewerkschaften wurde die Redezeit vom Präsidium reglementiert.

An dieser Stelle geben wir den Wortlaut der mündlichen Stellungnahme des Vorsitzenden des HPR der Polizei wieder:

Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrter Herr Staatsminister Beuth, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Vorsitzender der legitimierten Beschäftigtenvertretung unserer Polizei weise ich zu Beginn gerne auf die Tatsache hin, dass **heute alle Polizei – Personalräte anwesend sind** und somit die Geschlossenheit dokumentieren. Über 19.000 Beschäftigte gehen einen gemeinsamen Weg, der durch den hessischen Tarifabschluss und letztlich einer gerechten Übertragung desselben auf die Beamtinnen und Beamten enden sollte. Einvernehmlich! Während der Tarifabschluss und damit die Teilhabe an der Einkommensentwicklung zu begrüßen ist, bleiben die Beamten das Sparreservoir dieser Landesregierung. Nach einer verordneten Null - Runde 2015 nun 1 %!

Wir haben unsere Kolleginnen und Kollegen gefragt, was sie von der dramatischen Entwicklung im hessischen Besoldungsbereich halten. Die bei uns eingegangenen Kollegenmeinungen, die auch vielfach die Meinungen von Familien-, Freunden und Bekannten mit ausdrücken, habe ich für jede Fraktion zusammengefasst und werde je ein Exemplar im Nachgang beim Vorsitzenden abgeben. Da die Polizei rund um die Uhr (wir nennen dies 24/7) im Dienst ist, können Sie alle hier nur erahnen, wie viel Unmut uns dazu erreicht hat.

Ich nehme es gerne Vorweg: nicht ein einziger Polizeibeschäftigter begrüßt den hier vorgelegten Gesetzentwurf von CDU und Bündnis 90 / die Grünen. Quer durch alle Hierarchien, durch alle Besoldungsgruppen, vom Polizeikommissar - Anwärter bis zum Polizeipräsidenten,

haben wir Meinungen aus der Mitte der Kollegenschaft erhalten. Bereits vor 5 Jahren hier an gleicher Stelle, damals ging es um die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses, wurde der Unmut, die Enttäuschung und die mangelnde Wertschätzung im Kreise unserer Beschäftigten laut. Was aber jetzt in den Kommissariaten, Polizeidienststellen, geschlossenen Einheiten, bei Kriminal- Schutzpolizei unisono kolportiert wird, sprengt den ohnehin knappen Anhörungszeitraum, der uns heute zur Verfügung steht. Erlauben Sie mir, zu unserer abgegebenen Stellungnahme drei Kernpunkte zu nennen, die unsere Kolleginnen und Kollegen am meisten umtreiben:

Vor dem Hintergrund der immer komplexeren, gefahrgeneigten polizeilichen Tätigkeiten, dem allgegenwärtigen internationalen Terrorismus, siehe Anschlag in der Türkei am vorgestrigen Abend, verstehen wir es nicht mehr, warum das Dienst- und Treueverhältnis einseitig zersetzt wird. Ich begründe dies damit, dass alle Sparmaßnahmen der letzten 15 Jahre die Polizeibeschäftigten erheblich belastet haben!

Zweiter Punkt: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf findet nicht mehr flächendeckend statt, da die personelle Situation, insbesondere in den Basisdienststellen dies nicht zulassen. Dies führt neben der Anhäufung von Überstunden auch zu Belastungsüberschreitungen, die in Folge durch Abwesenheitsstatistiken auch zu belegen sind. Wie überdies bekannt wurde, werden im August auch wieder nicht 100 % der Fehlstellen in den Polizeibehörden ersetzt, weil zu viele PK / KK die Laufbahnprüfung nicht geschafft haben. Wer, wenn nicht die Polizeibeschäftigten selbst, stehen mit ihren erbrachten Leistungen für die Polizeiliche Kriminalstatistik. Engagement, harte Arbeit und eine besondere Arbeitsbereitschaft sorgen jährlich dafür, dass Hessen mit der PKS in Vergleich der Länder glänzt. Ich habe die große Sorge, dass dies nunmehr, auch und gerade wegen der spürbaren mangelnden Wertschätzung, dazu führen wird, dass viele Kolleginnen und Kollegen künftig „Dienst nach Vorschrift“ machen werden.

Dritter Punkt: Die Zunahme von Gewalt gegen Polizeibeschäftigte, die nicht nur in Hessen, sondern auch Deutschlandweit zu konstatieren ist,

sollte insbesondere mit Blick auf andere, benachbarte Bundesländer auch in Hessen durch die Übernahme von dem hessischen Tarifabschluss für die Polizei,- Fach und Verwaltungsbeamten alimentiert werden. Was nützen immer bessere Schutzausstattungen, wenn die leistungsgerechte Besoldung dabei auf der Strecke bleibt.

Leider kam es im Nachgang zur Anhörung und den dann im Plenum folgenden Sitzungen und Lesungen des Gesetzentwurfs zur Beamtenbesoldung bekannter Weise nicht mehr zum gewünschten Erfolg, der geforderten zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtenbesoldung. Dies soll uns aber nicht minder ermuntern, für die Beschäftigteninteressen weiter in den Personalräten und im Hauptpersonalrat der hessischen Polizei zu kämpfen und zu streiten.

Erste Lichtblicke, namentlich die von der Landesregierung beschlossenen Mehreinstellungen bei der Polizei bis 2020, wurden bereits wahrgenommen. +Bleibt zu hoffen, dass unter Einbeziehung aller Polizeibehörden es auch nachhaltig gelingt, möglichst viele der angehenden Polizei- und Kriminalkommissare nach dem Studium in den Dienststellen begrüßen zu können!

(GdP)

Bilder: PeMo

Ticket Snapper Kartenvorverkauf

FESTHALLE OPER VOLKSTHEATER NACHTLEBEN
SCHLACHTHOF PAPAGENOALTE OPER BAD VILBEL
JAHRHUNDERTHALLE BATSCHKAPP DIE KOMÖDIE
SINKKASTEN CENTRALSTATION NIEDERHAUSEN
FRITZ REMOND OFFENBACH SCHAUSPIEL HANAU

JOE THE GUITAR
BONAMASSA
LIVE IN CONCERT
05.03. & 06.03.
FRANKFURT
JAHRHUNDERTHALLE

ROMMSTEIN
STAHLZEIT
27.12.15
JAHRHUNDERTHALLE
FRANKFURT

Scherlie Nacht, Louisa Nocht
Comedy goes X-mas
25. DEZ. 15
JAHRHUNDERTHALLE FRANKFURT

Eintracht FRANKFURT OFFIZIELLE VORVERKAUFSTELLE IM MAIN-TAUNUS-ZENTRUM

Öffnungszeiten MTZ: Mo-Mi 9:30 - 20:00Uhr Do-Sa 9:30 - 22:00Uhr Telefon: 069 - 300 88 6 88 Email: info@ticketsnapper.de Onlineshop: www.ticketsnapper.de	Öffnungszeiten Jahrhunderthalle: Mo-Do 10:00 - 18:00Uhr Fr 10:00 - 16:00Uhr Telefon: 069 - 300 65 3 25 Email: jhh@ticketsnapper.de facebook.de/ticketsnapper
--	---

DER LANDESREGIERUNG „DEN MARSCH GEBLASEN“

PROTESTAKTION IN WIESBADEN

Am 12. Juli fand die 2. Lesung des von der CDU und den Grünen eingebrachte Besoldungsgesetz im hessischen Landtag statt.

Es wurde die 1 % Besoldungserhöhung durchgeboxt. Die GdP hatte an diesem Tag mit anderen DGB-Gewerkschaften und mit der Feuerwehrgewerkschaft der Landesregierung unseren Protest zum Ausdruck gebracht.

Die Bezirksgruppe Frankfurt war ebenfalls gut vertreten, um den Grünen und Schwarzen „den Marsch zu blasen“.

Es wurde alles aufgeboten, was richtig Krach machte. Es kamen Trommeln, Ratschen, Blechinstrumente, Flöten, Trillerpfeifen, Jagdhörner unter anderem zum Einsatz. Es wurde sehr laut an der Bannmeile in Wiesbaden.

Näher durften wir nicht an den Hessischen Landtag. Die Parlamentarier wollen ja in dem Gebäude ungestört arbeiten. Aber das war uns sowas von egal.

Wir wollten uns auf diesen Weg Gehör verschaffen. Wir hatten in zeitlichen Abständen richtig Gas gegeben.



Da müssten eigentlich bei geöffneten Fenster im Landtag die Gardinen geweht haben. Das "Konzert" von uns müsste eigentlich im Plenarsaal des hessischen Landtages gehört worden sein.

Einige Kollegen von uns hatten sich vorsichtshalber vorher Ohrenstöpsel gekauft, um lange genug durchzuhalten.

Gabriele Kailing, Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen forderte die Landesregierung auf, die Besoldung der Beamten gemäß den Grundsatz Beamtenrecht folgt Tarifrecht zu übertragen. Danach wurde wieder der „Marsch geblasen“.

Einige Politiker der SPD und der Linken kamen zu unserer Protestveranstaltung. Die Grünen und die Schwarzen glänzten durch Abwesenheit. Das war ja auch klar. Wir werden von denen abgekoppelt und es gibt keine Wertschätzung.

Die Wut unter den Kollegen auf diese Regierung in Hessen ist riesengroß.

Aber wir kämpfen weiter.

Karin Schäfer

Bilder: Ho.

RECHTSCHUTZ ODER REGRESS?

WAS IST ZU TUN?

Was müsst ihr tun für den Fall der Fälle? Hier noch einmal eine kleine Hilfestellung für euch und uns:

1. Kein Anwalt ohne Rechtsschutzantrag. Bevor ihr selbst einen Anwalt einschaltet, müsst ihr einen Antrag auf Rechtsschutz über eure Bezirksgruppe stellen. Dies ist Teil der Satzung und zwingend erforderlich.

2. Den Rechtsschutzantrag erhaltet ihr bei euren Kreisgruppen oder der Bezirksgruppe. Sie sind bei dem Ausfüllen behilflich, wenn Fragen auftreten, die ihr nicht beantworten könnt. Die Ansprechpartner findet ihr ganz bequem

über die Homepage der GdP Hessen (www.gdp.de/hessen).

Sie ist von jedem Arbeitsplatz (StAP) aus erreichbar. Aber ihr könnt auch euren Ansprechpartner telefonisch auf der Geschäftsstelle erfragen. Von dort kann euch auch ein Rechtsschutzantrag zugemailt werden.

3. Die Bezirksgruppe leitet den ausgefüllten Antrag mit einer Stellungnahme an die Rechtsschutzkommission weiter, von der ihr sehr schnell Antwort erhaltet über die Deckungszusage.

4. Keine Honorarvereinbarungen mit Rechtsanwälten. Wir dürfen laut

Satzung nur die gesetzlichen Anwaltsgebühren ersetzen. Manchmal werden von Mandanten aber auch individuelle Honorarvereinbarungen mit Anwälten geschlossen, welche die GdP dann nicht erstatten darf. Achtet also darauf. Dies sind die einzigen formellen Regeln, die es einzuhalten gilt. Also, es gibt keine großen Hindernisse bei der Gewährung von Rechtsschutz, es sind nur ein paar kleine Dinge zu beachten, die bei Nichtbeachtung große Folgen haben können.

Und auch nochmal ein kleiner Hinweis zum Verhalten nach Regressforderungen der Behörde. Was müsst ihr nun tun?

1. Zunächst macht ihr keine Angaben zum Sachverhalt und bittet um Einschaltung des örtlichen Personalrates nach § 75 (2) HPVG.

Dies geschieht in einem Antwortschreiben an die jeweilige Abteilung Verwaltung. Gleichzeitig informiert ihr einen GdP-Vertreter in eurem Personalrat.

2. Gelingt es dem Personalrat, die grobe Fahrlässigkeit auszuräumen, hat sich die Angelegenheit erledigt.

Hat die grobe Fahrlässigkeit Bestand, wird die Regressleistung von unserem Partner PVAG übernommen.

Bei allen Fragen, die in diesen Zusammenhängen auftreten können, hilft oftmals auch ein kurzer Anruf auf der Geschäftsstelle bei unserer Rechtschutzabteilung (0611-9922720).

Hier klären sich sehr schnell wichtige Fragen auf dem kurzen Weg.

GdP



SEMINAR DIENSTUNFALLSCHUTZ/RECHTSSCHUTZ

EINLADUNG DER GDP FRANKFURT



Gewerkschaftliche Unterstützungseinrichtung der DGB-Gewerkschaften

DIE BEZIRKSGRUPPE DER GDP FRANKFURT AM MAIN BIETET EUCH AM DIENSTAG, 15. NOVEMBER 2016 IN DER ZEIT VON 09.00 UHR BIS 12.00 UHR EIN KOSTENLOSES SEMINAR ZUM THEMA DIENSTUNFALLSCHUTZ/RECHTSSCHUTZ HIN-SICHTLICH VON UNTERSTÜTZUNGSMÖGLICHKEITEN AUSSERHALB DER BEREITS BESTEHENDEN RECHTSCHUTZSACHEN ALS MITGLIED IN DER GDP AN.

Für dieses Seminar konnten wir den langjährigen Regionalleiter der GUV/Fakulta, Herrn Markus Delnef, gewinnen.

Dieses Seminar wurde bereits mit großem Erfolg bei den Kolleginnen und Kollegen des Polizeipräsidiums Nordhessen durchgeführt.

Die Veranstaltung findet im Mehrzweckraum 1 des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main statt.

Da wir dort lediglich über begrenzte Kapazitäten verfügen, wird um Anmeldung bis zum 20. Oktober 2016 unter der Telefonnummer 069/755-81604 oder unter der Email-Anschrift: Peter.Horlacher@polizei.hessen.de gebeten.

Selbstverständlich können Anmeldungen auch bei allen GdP-Funktionären abgegeben werden.

Diejenigen, die an diesem Tage Dienst versehen, müssen einen Dienstbefreiungsantrag gemäß § 69 Abs. 3 HBG an die Abteilung Verwaltung auf dem Dienstwege, einreichen.

Karin Schäfer



Die Unterstützungseinrichtung der DGB-Gewerkschaften mit den **Top-Leistungen**

Nur 21 € im Jahr

Der besondere Schutz für Mitglieder der GdP

Sicherheit bei allen beruflichen Tätigkeiten



Schutz auf allen Arbeitswegen



Unterstützung nach Unfällen



... und vieles mehr

www.guv-fakulta.de | Der besondere Schutz

KENNZEICHNUNGSPFLICHT DER HESSISCHEN POLIZEI

WAS HAT ES GEBRACHT?

Mithin sind gute 21 Monate seit der Einführung der individuellen numerischen Kennzeichnungspflicht, im Dezember 2014, bei der hessischen Polizei vergangen. Viel wurde während der Einführung der Kennzeichnungspflicht in der Öffentlichkeit diskutiert.

WAS HAT ES DEN BESCHÄFTIGTEN UND DEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN GEBRACHT?

Die Kennzeichnungspflicht besteht aus einer fünfstelligen Ziffernkombination mit vorangestellter Hessenkennung „HE“. Zunächst erfolgte die Ausgabe der Kennzeichnungsnummern an die Kolleginnen und Kollegen im Polizeivollzug bei der Bereitschaftspolizei.

Dies wurde bewusst so (vom kleinen Koalitionspartner) politisch initiiert, damit anlässlich der am 18. März 2015 in Frankfurt stattgefundenen Eröffnung der Europäischen Zentralbank die geschlossenen hessischen Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei ggf. zu identifizieren waren. Möglicherweise hat man auch ins politische Kalkül gezogen, das die anlässlich vorangegangener unfriedlichen Demonstrationen in Frankfurt am Main, beispielsweise bei der antikapitalistischen Demonstration "M31" im Jahr 2012, auch mit Konsequenzen (bei dienstlichen Verfehlungen) gegen die eingesetzten hessischen Beamtinnen und Beamten vorgegangen werden kann.

Unter dem Motto „M31 – european days of action against capitalism“ hatten verschiedene linke und autonome Gruppen am 31. März 2012 in acht europäischen Ländern zu Protesten gegen die Weltwirtschaftskrise und den Kapitalismus aufgerufen. In Frankfurt hatten sich rund 6000 Menschen an einer Demonstration beteiligt.

Da in Hessen mittlerweile auch die Angehörigen der Kriminalpolizei mit numerischen Kennzeichnungen ausgestattet wurden, jeweils drei Sets unterschiedlicher Nummern mit jeweils vier Schildern galt es an den Mann / an die Frau zu bringen, sind insgesamt über 14.000 Kennzeichnungen gefertigt, katalogisiert und individualisiert final an die Vollzugsbeamten verteilt.

WIE AUS DEM INNENMINISTERIUM ZU ERFAHREN WAR, HANDELTE ES SICH UM 14.508 BESCHÄFTIGTE, DIE MIT INSGESAMT 174.096 EINZELSCHILDERN AUSGESTATTET WURDEN. DIE BEZIFFERTEN HERSTELLUNGSKOSTEN BELIEFEN SICH AUF INSGESAMT 195.417,15 EURO. GLÜCKLICHERWEISE KONNTEN DIE UMRÜSTUNGEN DER EINSATZJACKEN, DIE DURCH DIE HESSISCHE JUSTIZ VORGENOMMEN WURDEN, NACHTRÄGLICH NICHT DEZIDIERT AUFGESCHLÜSSELT WERDEN, WAS EINE WEITERE DOKUMENTATION DER ENTSTANDENEN KOSTEN AN DIESER STELLE LEIDER VERHINDERT.

Die Gewerkschaft der Polizei hat dem Ansinnen der numerischen Kennzeichnungspflicht bereits in den Vorfelddiskussionen eine Absage erteilt.

„Der im Koalitionsvertrag von CDU/Bündnis90/Die Grünen politisch formulierte Wunsch, die Polizei „zwangszukennzeichnen“, sie also einer Verpflichtung zu unterwerfen, immer und ohne Ausnahme identifizierbar zu sein, unterstelle in aller erster Linie Misstrauen und mangelndes Vertrauen in die Arbeit der Polizei. Durch die Einführung einer generellen Kennzeichnungspflicht entferne sich der Staat einen weiteren Schritt von seiner Polizei. Es sei ein zusätzlicher Baustein einer unsensiblen Führungskultur und nicht nur ein symbolischer Akt, der den Respekt gegenüber der Polizei weiter sinken lasse.“

Die Begründung, dass mittels einer Kennzeichnung Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nach übergriffigem und rechtswidrigen Verhalten besser ermittelt werden könnten, war bislang rein hypothetisch anzusehen. Gleichmaßen wurde in der bisherigen Diskussion um eine Kennzeichnungspflicht für die Polizei weder der Nachweis von schweren unaufgeklärten Übergriffen noch die für eine Änderung der Rechtslage notwendige Erforderlichkeit offengelegt.“ (...) Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist gleichwohl das grundgesetzlich normierte Recht, auf das die GdP ihre ablehnende Haltung gegenüber der Kennzeichnungspflicht stützte. Der unzweifelhaft vorliegende Eingriff in dieses Recht liegt bei ausnahmsloser Verpflichtung zum Tragen der namentlichen oder weiteren individuellen Kennzeichnung gerade darin, dass der Beamte keine Möglichkeit hat, auch im speziellen Einsatzfall die namentliche Identifizierbarkeit seiner Person auszuschließen.

Aus diesen Gründen heraus war die bisherige freiwillige namentliche Kennzeichnung in Hessen genau der richtige Weg, um den berechtigten Interessen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gerecht zu werden und zugleich Transparenz und Bürgernähe in einem sich in der Vergangenheit bewährten Rahmen fortzuentwickeln.

DAS DIENSTAUF SICHTS BESCHWERDEN UND STRAFANZEIGEN GEGEN POLIZEIVOLLZUGSBEAMTE IN DER HEUTIGEN ZEIT AN DER TAGESORDNUNG SIND, VERHINDERT AUCH KEINE NUMERISCHE KENNZEICHNUNG IM GESCHLOSSENEN EINSATZ.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass lediglich in einem Fall zu einem offensichtlichen Notieren der individuellen Kennzeichnung kam

und in Folge zu einer Strafanzeige – wegen Beleidigung!

Dies macht deutlich, dass die hessische Polizei – gerade auch in geschlossenen Einsätzen – nicht übergriffig wird! Zur Erinnerung: die bisherige taktische Kennzeichnung ermöglichte es, bis auf Halbgruppenstärke (Fünf Beamte/innen) die Namen der eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu belegen. Dies war völlig ausreichend!

Wenn behauptet wird, dass eine Kennzeichnungspflicht die Aufklärung von polizeilichen Übergriffen überhaupt erst möglich macht, so muss dem entgegen gehalten werden, dass in unserem demokratischen Rechtsstaat in der jüngsten Vergangenheit zahllose polizeiliche Einsätze eben durch das polizeilinterne Videografieren so dokumentiert wurden, dass auch etwaiges Fehlverhalten einzelner Beamter unter Feststellung der Personalien der betroffenen Person leicht ermittelbar war.

DIE ERFAHRUNG ZEIGT: FÜR DAS NAMENTLICHE ERMITTELN VON POLIZEIBEAMTEN WAR UND IST EINE KENNZEICHNUNGSPFLICHT WEDER ERFORDERLICH NOCH NOTWENDIG.

Der innenpolitische Sprecher der Grünen, Jürgen Frömmrich, nennt es „sehr erfreulich“, dass die Nummer nur bei einem einzigen Verfahren benötigt worden sei. Die Kennzeichnungspflicht sieht er dadurch nicht in Frage gestellt. Sie habe sich bewährt und sei akzeptiert. Es gehe um „ein wichtiges Zeichen, dass die Polizei den Bürgerinnen und Bürgern offen gegenüber tritt“, sagte Frömmrich. Alle wüssten, „dass Beschwerden gegen sie nachgegangen werden kann“. Damit biete sich eine bessere Möglichkeit als zuvor, „Konfliktfälle zu überprüfen“. Das habe „nichts mit Misstrauen gegen Polizisten zu tun“, versicherte der Grünen-Politiker.

Spricht man mit Kolleginnen und Kollegen aus den geschlossenen Einheiten oder den Alarmhundertschaften, machen viele aus ihren Herzen keine Mördergruben! Noch immer wird das verpflichtende Tragen einer

Kennzeichnung gleichgesetzt mit einem gewissen Generalverdacht, dem letztlich die Trägerinnen und Träger der Kennzeichnungen unterstellt werden.

FAZIT

Gebracht hat es nichts, außer einige hunderttausend Euro an Ausgaben, die besser in eine gerechte Besoldung geflossen wären!

Wie viele Beschäftigte sich abschließend vor und während der Einführung der Kennzeichnungspflicht damit beschäftigt waren, ist betriebswirtschaftlich leider nicht dokumentiert!

Abschließend und vor dem Hintergrund des Erlebten (anlässlich der Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main im März 2015) stellen wir fest, dass die Kennzeichnungspflicht nichts mit der polizeilichen Realität zu tun hat.

Wer sich die Bilder bei den vielen Rechts-/Links-Demos und den (bundesweiten) Fußballspielen, mit den damit einhergehenden Krawallen, ansieht, erkennt schnell, dass hier die Opfer zu vermeintlichen Tätern gemacht werden sollen. Unsere Bürgerpolizei, die vielen Umfragen von großen Meinungsforschungsinstituten ein geradezu herausragendes Vertrauen innerhalb der Bevölkerung genießt, beweist auch in geschlossenen Einsätzen, dass die Kennzeichnungspflicht nicht notwendig gewesen wäre!

WENN WIR DANN ABSCHLIESSEND IN DER PRESSE ZUR KENNNTNIS NEHMEN MÜSSEN, DASS SOGENANNT DEMONSTRANTEN (GEWALTÄTIGE CHAOTEN) ANLÄSSLICH DER EZB – ERÖFFNUNG VOR DEN GERICHTEN MILDE BESTRAFT WERDEN, VERSTEHEN WIR DIE WELT NICHT MEHR!

Das Amtsgericht Frankfurt verurteilte einen 26-Jährigen am 3. August 2016 wegen schweren Landfriedensbruchs und versuchter gefährlicher Körperverletzung. Der Demonstrant aus Bremen hatte nach Überzeugung des Gerichts während der Blockupy-Proteste im März 2015 einen Polizisten mit einem Stein beworfen und getroffen. Dank seiner

Schutzkleidung wurde der Beamte allerdings nicht verletzt. Der 26-jährige Angeklagte wies den Vorwurf zurück. Die Richterin sah ihn aufgrund mehrerer Zeugenaussagen jedoch als überführt an. Dass im Gepäck des Mannes mehrere Steine gefunden wurden, deutete das Gericht außerdem als Indiz dafür, dass die Tat nicht spontan, sondern geplant gewesen sei.

Die Strafe für den Angeklagten: Ein Jahr Haft auf Bewährung und 150 gemeinnützige Arbeitsstunden.

GdP/mj

¹http://www.gdp.de/gdp/gdphe.nsf/id/DE_2014_Kennzeichnungspfl

²<http://www.fr-online.de/rhein-main/polizei-in-hessen-14-500-polizisten-mit-nummern,1472796,34570888.html>

³<http://hessenschau.de/gesellschaft/bewahrungsstrafe-fuer-blockupy-steinewerfer,blockupy-steinewerfer-verurteilt-100.html>



UNSERE KONTINUITÄT FÜR IHRE ZUKUNFT

SOCIETE GENERALE IN DEUTSCHLAND

PRÄSENT SEIT 1886 • CORPORATE & INVESTMENT BANKING • SECURITIES SERVICES • ONLINE BROKERAGE
SPECIALISED FINANCING • TRANSACTION BANKING
MEHR ALS 3100 MITARBEITER • EIN TEAMGEIST

SOCIETEGENERALE.DE

SOCIETE GENERALE BUILDING TEAM SPIRIT TOGETHER

FRIEDLICHE GESELLSCHAFT DURCH ANSCHLÄGE IM WANDEL

KANN DIE POLIZEI DIESE LAGE BEWÄLTIGEN?

Fast täglich erfahren wir aus den Medien, dass Polizei-beschäftigte (immer häufiger) Opfer von Straftaten werden. Der sogenannte Respekt vor den uniformierten in unserer Gesellschaft schwindet, auch Angehörige der Feuerwehren und der Rettungsdienste sind immer öfter Angriffsziel körperlicher Angriffe.

Oftmals sind es Angriffe gegen die körperliche Unversehrtheit, in den schlimmsten Fällen werden auch Waffen eingesetzt, um vorsätzlich und nachhaltig das Leben und die Gesundheit der Staatsdiener zu gefährden bzw. zu schädigen!

Mit schlimmen Folgen für die Opfer: psychische Traumatisierungen und mitunter schwere physische Verletzungen sind Folgen, die nicht an den Uniformen hängen bleiben oder nach dem Dienst im Dienstspind verstaut werden können. Familienangehörige leiden mit, wenn Mutter oder Vater als Ordnungshüter Opfer einer Straftat wurden. Scheinbar alltägliche und zunächst harmlose Situationen – sogenannte Routinesituationen – eskalieren mitunter!

Trauriger Höhepunkt und Beleg für diese, leider zu konstataierende gesellschaftliche Fehlentwicklung war unter anderem auch der Mord an unserem Kollegen am zurückliegenden Heiligabend 2015 in Herborn. Aber auch die Ereignisse vor dem Olympia Einkaufszentrum in München machen klar, dass eine „gegenwärtige Gefahr“ besteht. Ali S. war 18 Jahre alt, als er in München neun Menschen und sich selbst erschoss!

Die meisten Bürgerinnen und Bürger lehnen Gewalt gegen Polizeibeamte ab. Sie stehen hinter „ihrer Bürgerpolizei“, ohne die es im gemeinsamen Miteinander im Alltag nicht geht. Aus der Mitte der Gesellschaft werden die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte oft als „Menschen in Uniformen“ wahrgenommen. Viele von uns sind mit Leib und Seele Polizist geworden und lieben ihren Beruf! Polizistin oder Polizist wird man nicht aus einer Laune heraus! Zahlreiche Studien belegen, dass viele junge Menschen den Polizeiberuf aus den unterschiedlichsten Motivationslagen ergriffen haben. Dabei steht oftmals ein Gedanke im Vordergrund: anderen zu helfen und schwächere zu schützen!

Unsere Gesellschaft ist derzeit geprägt von den allgegenwärtigen, weltweiten terroristischen Bedrohungslagen. In unseren Nachbarländern Belgien und Frankreich eskalierte bereits mehrfach der Terror, der unschuldige Menschenleben – auch von dort eingesetzten Polizistinnen und Polizisten – forderte. Der Ruf in Deutschland nach dem Einsatz der Bundeswehr in Innern wird zunehmend lauter. Es stellt sich die Frage, ob dieser Paradigmenwechsel auch dem Anlass, der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, wirksam begegnen kann. Allen voran die Bundesverteidigungsministerin: Die Debatte war gerade wieder eingeschlafen, als Ursula von der Leyen sie mit ein paar Sätzen von neuem belebte. Einen Tag nach der Bluttat von München sagte die christdemokratische Verteidigungsministerin, am Abend zuvor seien für den Fall der Fälle Feldjäger in Bereitschaft versetzt worden. Hätte es sich um eine terroristische Großlage gehandelt, hätten sie eingreifen können. Und schon ging der Streit um Einsätze der Bundeswehr im Innern von neuem los – obwohl die Wort-

meldung der Ministerin zunächst mehr Fragen als Antworten produzierte. Erste Frage: Wäre ein solcher Einsatz zulässig gewesen? Antwort: Nur wenn es wirklich um eine terroristische Großlage gegangen wäre. Zweite Frage: Wie viele Feldjäger hätte man an einem Freitagabend auf die Schnelle überhaupt bereitstellen können? Hier wollte die Bundeswehr zunächst nicht mit einer Zahl herausrücken, schob dann aber nach, es habe sich um "etwa 100 Kräfte" gehandelt – ohne zu präzisieren, wie viele davon Feldjäger gewesen wären und wie viele etwa Sanitäter. Womit die dritte Frage bleibt: Was könnte die Bundeswehr in einer solchen Lage überhaupt leisten, was die Polizei nicht kann?

Der Bundesvorsitzende der GdP stellte zu diesem Thema fest: In dieser angespannten Situation sind Besonnenheit und Augenmaß gefragt. Gerade nach dem allseits gelobten Einsatz der Polizei im Zusammenhang mit dem Münchner Amoklauf verbieten sich solch olle Kamellen. Der Ruf nach der Bundeswehr suggeriert, dass die Polizei nicht mehr Herr der Lage wäre und es eine Notstandssituation gäbe – aber das ist absolut falsch." Malchow weiter: Die Bundeswehr sei für die äußere, die Polizeien der Länder und des Bundes seien für die innere Sicherheit zuständig, bekräftigte der GdP-Vorsitzende. Diese Trennung habe sich in Krisenzeiten bewährt, und auch heute gebe es keinen Grund, diese Trennung aufzuheben. Es sei unzweifelhaft, dass die gegenwärtige Terrorlage Polizistinnen und Polizisten stark beanspruche. Der Ruf nach der Bundeswehr sei aber der falsche Weg, die Sicherheitslage zu verbessern. Terroristen sind gefährliche Straftäter. Sie zu verfolgen, dingfest zu machen und vor Gericht zu stellen ist eine Aufgabe von Polizei und Justiz, die bislang auch erfolgreich bewältigt wurde", betonte Malchow. Die jüngsten Anschläge hätten eindrucksvoll belegt, dass die Polizeien der Länder und des Bundes auch innerhalb kürzester Zeit gut ausgebildete und entsprechend ausgerüstete Polizeibeamte an den Ort des Geschehens bringen könnten."

Die Innenminister der Länder und der Bundesinnenminister haben erkannt, dass in den zurückliegenden Jahren das personelle Korsett der jeweiligen Polizei so zugezogen wurde, dass es mitunter vereinzelt „gerissen“ ist. Mit der Folge, dass immer weniger Personal für die alltägliche Kriminalitätsbekämpfung unseren Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Hier sind die in den letzten Jahren stark angestiegenen Kriminalitätsphänomene wie Cybercrime und Internetkriminalität noch nicht umfassend mit einbezogen. Es bedarf dringend der zusätzlichen Einstellung von Spezialisten, um diesen Phänomenen auch wirksam und nachhaltig entgegen zu treten. Dazu der GdP – Chef: Nach den Anschlägen und Gewalttaten der letzten Woche wird intensiv über die Abgründe des sogenannten Darknet diskutiert. Dieses mehr oder weniger geheime Netz ist für die Polizei kein Neuland. Erfolgreiche Ermittlungen beispielsweise im Bereich der Kinderpornografie haben das deutlich gezeigt. Da aber das Internet einen immer stärkeren Part in unserem Leben einnimmt, muss die Polizei auch dort, die immens wichtige Präventions- aber auch Ermittlungsarbeit leisten können".

Solche Stellen müssen attraktiv sein, um die IT – Spezialisten vom freien Arbeitsmarkt für die Kriminalitätsbekämpfung gewinnen zu können. Leider sind hier die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt bzw. macht die Anzahl der eingestellten IT – Spezialisten bei der hess. Polizei deutlich, dass erheblicher Optimierungsbedarf besteht. Der Beruf bei der Polizei ist ein besonderer – er muss durch konsequente Finanzierung in Personal und Ausstattung auch entsprechend bedacht sein! Stellenmehrungen und Stellenhebungen, die im Landeshaushalt 2016 mit sogenannten kw – Vermerken versehen wurden, taugen temporär aber nicht langfristig! Hier ist eine schnelle Bereinigung, gerade auch vor dem Hintergrund der steigenden Steuereinnahmen durch die Landesregierung vorzunehmen!

Ein wesentlicher Kriminalitätsschwerpunkt in Deutschland und damit auch im sog. Transitland Hessen ist die Wohnungseinbruchdiebstahl, die nachweislich rasant Fahrt aufnimmt. Die verkehrsgünstige Lage Hessens bietet reisenden Tätern gute Möglichkeiten Tatorte zu erreichen und nach der Tat eine schnelle Flucht anzutreten. Daher werden die Kontrollen auf den Bundesautobahnen intensiviert um Täter festzunehmen, Diebesgut sicherzustellen, neue Erkenntnisse zu gewinnen, aber auch um potenzielle Täter zu verunsichern. Noch im Juli 2016 wurden hessenweit Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungseinbruchdiebstahl ergriffen. Diese zusätzlichen Maßnahmen stemmen unsere Kolleginnen und Kollegen aus der Alltagsorganisation. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger indes gilt es nicht ausschließlich durch Brennpunktmaßnahmen zu bekämpfen, sondern durch eine nachhaltige präventive Bekämpfung. Dazu braucht es Personal und dienstliche Freiräume, um wirksam vorgehen zu können.

Beschwerden an Knie oder Schulter?

Die Ortho-Klinik Rhein/Main ist das **Kompetenzzentrum** für die konservative wie operative Behandlung (ambulant und stationär) von Schulter- und Kniebeschwerden sowie Sportverletzungen.

Klinikleiter Dr. Adalbert Missalla und seine Kollegen Dr. Uwe König, Dr. Michael Joneleit und Uta Daur-Staufenberg nutzen modernste Methoden und OP-Techniken.

In der eigenen **Reha-Sektion** sorgen Physiotherapeuten und Sportwissenschaftler für die frühzeitige und gezielte Nachbehandlung.

ORTHO-KLINIK

RHEIN / MAIN

Schulter- und Kniechirurgie
Sporttraumatologie

Frankfurter Straße 108 • 63067 Offenbach •
Telefon: 069-82 37 93 80 • E-Mail:
info@ortho-rhein-main.de

www.ortho-rhein-main.de

Es besteht der ausdrückliche Wunsch vieler Menschen, dass die Politik nachhaltige Voraussetzungen für eine gut ausgebildete-, ausgestattete und gut bezahlte Polizei schafft. Die Anforderungen steigen permanent, selbstredend müssen damit auch die stetigen Anpassungen und Verbesserungen einhergehen. Diesem Wunsch aus der Mitte der Gesellschaft kommen die Bundesländer im föderalen Aufbau der Bundesrepublik unterschiedlich nach. Bemerkenswert und nicht vergessen: die hessische Polizei rangiert im Ländervergleich bei der Besoldung leider nicht auf den vorderen Plätzen.

Mit weitreichenden Folgen für viele Polizistinnen und Polizisten und deren Familien!

Betrachtet man die Einkommensentwicklung der hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in den zurückliegenden Jahren fällt auf, dass die dienstlichen Anforderungen jährlich ansteigen, die Entwicklung der Gehälter indes längst nicht mehr mit den Tarifabschlüssen in Hessen Schritt halten. Unrühmlicher Höhepunkt nach der verordneten Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten im letzten Jahr war die Gesetzesinitiative von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen zur Beamtenbesoldung in diesem Jahr.

Trotz all der geschilderten Belastungen und damit einer spürbaren, mangelnden Wertschätzung der geleisteten Arbeit unserer Polizeibeschäftigten bleiben unsere Kolleginnen und Kollegen (noch) motiviert.

Die unlängst durch die Landesregierung getroffenen personellen Maßnahmen, 1150 zusätzliche Stellen für die Polizei einzustellen, werden ausdrücklich begrüßt.

Schon jetzt steht aber fest, dass sicherlich nicht alle Studierenden das Ziel erreichen, also ihre Ausbildung erfolgreich abschließen werden. Wir konstatieren leider immer häufiger, dass die ansteigende Zahl der Studienabbrecher nicht ohne Gegenmaßnahmen aufzuhalten ist. Sicherlich hat dies auch mit einer Qualitätssicherung im Studium zu tun, denn Grundlagen, die nicht früh gelegt werden, sind in der modularen Ausbildung schwer nachzuholen. Erst recht nicht, wenn die angehenden und damit potentiellen Bewerberinnen und Bewerber immer häufiger in andere Bundesländer blicken, die ebenfalls Mehrbedarfe bei den Einstellungen haben. Voraussetzend bedarf es einer bisher noch nicht gekannten Kraftanstrengung aller hessischen Polizeibehörden, um die Masse an zusätzlichen Studierenden ohne Qualitätsverluste auch durch das Studium bringen zu können. Die Hochschule für Polizei und Verwaltung, die AFE'en der Bereitschaftspolizei, die Praxis- und Schießausbilder der Flächenpräsidien und die nebenamtlichen Lehrkräfte können (ohne weitere personelle Verstärkungen) die hohen Qualitätsansprüche so nicht durchgängig halten. Hinzu kommt, dass geeignete Schießstätten fehlen und weitere Einsatztrainingszentren bei der Polizei zwar in Planung sind, eine Fertigstellung bzw. Indienstellung derzeit überhaupt nicht absehbar ist. HFPV, HPA und HBP stoßen an logistische Grenzen, wenn es beispielsweise um das Lehrsaalmanagement geht. Gleiches gilt für das Schießstättenmanagement, bei hohen Ausbildungsraten und alltäglichem Schießbetrieb.

Daher müssen schnell Entscheidungen getroffen werden, was der Polizei letztlich auch der hohe Qualitätsanspruch der Ausbildung wert ist. Um es an dieser Stelle klar zu formulieren: eine Reduzierung der Fortbildungen zu Gunsten erhöhter Einstellungen kann nicht die Lösung sein! Die zur Verfügung stehenden Seminarräume in den Behörden und der HPA platzen aus allen Nähten und Anmietungen von Fremdgebäuden oder Containerlösungen werden bereits in Erwägung gezogen. Darüber hinaus müssen Szenarien zur Bewältigung von Terroranschlägen bei der Polizei so trainiert werden, dass im Falle eines Anschlags auch durchgängig professionell gehandelt werden kann. Dies erfordert nicht nur ausgefeilte Übungsszenarien, sondern auch verlässliche dienstliche Freiräume, die den Interventionskräften dafür zur Verfügung stehen.

Jens Mohrherr

SELBSTVERTEIDUNG- UND SELBSTBEHAUPTUNG

SEMINARANGEBOT DER BEZIRKSGRUPPE FRANKFURT

Am Montag, den **24. Oktober 2016**, bietet die GdP Frankfurt am Main unter der fachkundigen Leitung des Marcel FEY von 10.00 Uhr bis ca. 15 Uhr im Trainingsraum des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main, Adickesallee 70, 60322 Frankfurt am Main, ein **kostenloses** Selbstverteidigungs-/Selbstbehauptungs-Seminar an.

Der Kurs soll sich insbesondere an **Jugendliche und Heranwachsende ab 14 Jahren** richten, es sind aber auch Eltern und Kolleginnen und Kollegen herzlich dazu eingeladen.

Mitzubringen sind neben „normaler“ Sportbekleidung und Hallenschuhen, ein Schüler-oder Personalausweis.

Ablauf:

1. Vorstellung der Trainer/allgemeine Einführung/Abgrenzung zum Kampfsport
2. Rechtliche Grundlagen zur Notwehr und Nothilfe
3. Einsatz von praktischen Hilfsmitteln wie Pfefferspray und dgl.
4. Selbstbehauptung durch korrekte Körperhaltung/Stimme/Wortwahl
5. Prävention und Deeskalation/Handlungsmuster entwickeln
6. Technik- und Pratzentraining
 - 6.1 Verteidigungstechniken
 - 6.2 Befreiungstechniken
 - 6.3 Verteidigung am Boden
7. Abschluss-/Stresstraining
8. Feedback

Allgemeine Grundsätze:

Die Sicherheit während des Trainings hat absoluten Vorrang. Daher wird gebeten, etwaigen Schmuck abzulegen, da erhöhte Verletzungsgefahr besteht.

Stopp heisst immer Stopp, eine Übung wird dann sofort unterbrochen.

Sollten Fragen bestehen soll immer gleich gefragt werden damit eine Übung nicht gleich falsch antrainiert wird.

Im Vordergrund sollte aber auch das Motto: „Dabei sein, Spaß haben und immer lächeln“ stehen.

Sollte ein Dienstbefreiungsantrag erforderlich sein, so wird um entsprechende Antragstellung auf dem Dienstwege an die Behörde gebeten.

Darüber hinaus ist vor dem Beginn des Seminars ein Haftungsausschluss zu unterzeichnen.

Damit der angesprochene Personenkreis auch die Möglichkeit zur Teilnahme hat, wurde das Seminar in die Herbstferien gelegt.

Anmeldungen:

Bis zum **07. Oktober** unter gdp-frankfurt@web.de

oder

Peter.Horlacher@Polizei.Hessen.de

JUBILARE – EHRUNGEN

Am 07.06.2016 fanden sich Teile des Vorstandes der KG Nord, Lothar Silberling und Jochen Zeng, beim 6. Polizeirevier in Frankfurt am Main ein.

Es gab ein erfreuliches Ereignis.

Ulrich Bick wurde für seine 40-jährige Mitgliedschaft in der GdP geehrt.

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde wurde über die vergangene Zeit, derzeitige aktuelle Gewerkschaftsthemen und die Situation der hessischen Polizei geredet.

Kollege Bick wurde durch den Vorstand die Urkunde, die Ehrennadel und eine kleine Aufmerksamkeit überreicht, worüber er sich sehr freute.

In diesem Zusammenhang sei noch einmal der freundliche Empfang vom Kollegen Bick erwähnt, worüber wir uns sehr gefreut haben.

Wir wünschen ihm alles Gute für die Zukunft, viel Glück, Gesundheit und Erfolg, vor allem Freude bei seinen ehrenamtlichen Tätigkeiten.

Jochen Zeng, KG Nord



NACHRUF

Wir können nicht verhindern, dass der Tod einen Freund aus unserer Mitte reißt.

Aber wir können sehr wohl verhindern, dass der Tod die Erinnerungen an diesen guten Menschen mitnimmt.

Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, ist nicht tot. Tot ist nur, wer vergessen wird.

Nach langer und schwerer Krankheit verstarb am 25.05.2016 unser geschätztes Mitglied, Kollege und Freund Uwe Heilmann.

Uwe Heilmann war seit 1988 im städtischen Dienst, zuerst bei der Branddirektion und seit 2008 bei der Stadtpolizei des Straßenverkehrsamtes.

Durch seine besonders liebenswerte Art lebte er sich sehr schnell ein und wurde ein sehr beliebter und geachteter Kollege.

Im Jahr 2014 erhielt er die schreckliche Diagnose Bauchspeicheldrüsenkrebs.

Er verlor nicht seinen Lebensmut und kämpfte fortan gegen diese schwere Krankheit und hat dabei nie seinen Humor und die Zuversicht verloren.

Leider hat der ungleiche Kampf sehr viel Kraft geraubt, sodass Uwe den heimtückischen Krebs nicht hatte besiegen können.



Wir trauern mit seiner Familie und werden unserem Kollegen und Freund Uwe ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Die Kreisgruppe Polizei- und Ordnungsbehörde, Bezirksgruppe Frankfurt am Main

3. FAHRT MIT DEM ÄPPELWOI-EXPRESS

MIT 800 VOLT DURCH FRANKFURT

Am 14. Juni 2016 fand die dritte Fahrt mit dem Frankfurter Äpfelwoi-Express statt. Geladen hatte, wie schon zu den vergangenen Fahrten, die Kreisgruppe KriPO.

20 Kolleginnen und Kollegen nahmen die Einladung an bei stimmungsvoller Frankfurter Unterhaltungsmusik gute zwei Stunden mal etwas Abstand vom Alltag und vor allem von Regen und Gewitter zu bekommen. Auf Grund der Witterung mußten diverse Ausweichstrecken in Anspruch genommen werden, da durch Überflutungen im Bereich Sachsenhausen mehrere Straßen unter Wasser standen.

Dies trübte den Frohsinn in keinster Weise und nach kurzweiligen zwei Stunden Fahrt und etwa 8 Kilometer Wegstrecke mit einem Zwischenstopp an der Haltestelle ZOO waren die 30 Liter Stöffche auch Geschichte....

Für die Begleitung und Ausführungen dürfen wir uns nochmals ganz herzlich bei dem Zugführer Rüdiger und dem Zugbegleiter Stefan recht herzlich bedanken.....

Text: Peter Horlacher
Bilder: PeMo



GRILLFEST DER BEZIRKSGRUPPE FRANKFURT

NEUE ÖRTLICHKEIT UND VIEL SPASS

Die Kleingartenanlage „Buchhang“ war am Freitag dem 08. Juli fest in der Hand der Gewerkschaft der Polizei, Bezirksgruppe Frankfurt am Main. Gute Laune, viel Sonne und ein volles Haus hatten wir beim diesjährigen Grillfest unserer GdP.

Wir konnten Kolleginnen und Kollegen des Straßenverkehrsamtes und des Ordnungsamtes der Stadt Frankfurt am Main, sowie zahlreiche aktive Mitglieder und Vertreter der Senioren begrüßen.

Zum ersten Mal fand unser Grillfest in der Kleingartenanlage „Buchhang“ Am Bornheimer Hang bei bestem Sommerwetter statt. Die Sonne war schon untergegangen, da saßen noch die letzten GdP-ler mit bei kühlen Getränken.

Zuvor hatte es Kaffee und selbstgemachten Kuchen, der komplett gespendet wurde, gegeben. Hierfür danke ich allen, die sich daran beteiligt haben. Bis auf wenige Stücke waren die Kuchen dann auch schnell verspeist was eindeutig ein Beleg dafür ist, dass er allen geschmeckt hat.

Selbst zu zweit konnte gar nicht so schnell gegrillt werden, wie die Würstchen und Steaks Absatz fanden. Dazu gab es selbst gemachte Salate die ebenfalls gespendet worden sind. Auch hier sage ich ein ganz dickes Lob und herzlichen Dank!!!

Ein ganz besonderer Dank gilt Petra Moosbauer und ihrer Familie, die sich als Mitglied im Kleingartenverein Buchhang engagieren und maßgeblich an der Organisation mitwirkten. Bei Herrn Oliver Lang als Vorsitzender des Kleingartenvereins, bedanke ich mich recht herzlich für die Bereitstellung des Geländes. Auch er ließ es sich nicht nehmen, mit bei den letzten Gästen gewesen zu sein.

Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, dass dieses Fest etwas ganz Besonderes wurde.....

Peter Horlacher
Bilder:PeMo





WAS WAR DAS EIN SCHÖNES GRILLFEST...



DIENSTHUNDESTAFFEL DER STADTPOLIZEI ORDNUNGSAMT

EIN SPANNENDES TÄTIGKEITSFELD

Dieser Artikel stellt die Diensthundestaffel der Stadtpolizei Ordnungsamt Frankfurt am Main vor.

Alle Diensthundführer haben vor Aufnahme ihrer Tätigkeit in der Diensthundestaffel die gleiche Ausbildung erhalten, wie alle Kolleginnen und Kollegen der Stadtpolizei Ordnungsamt und sind ebenfalls mit Schusswaffen, Teleskopschlagstock, Pfefferspray und Handfesseln ausgerüstet. Zum Schluss erhalten sie die spezielle Ausbildung eines Diensthundführers. Alles Spezielle bezüglich eines Diensthundführers möchten wir in diesem Artikel näher bringen.

Die Diensthundestaffel ist aufgrund der besonderen Anforderungen zur Unterbringung der Hunde als einzige Sondergruppe nicht im eigentlichen Gebäude des Ordnungsamtes untergebracht, sondern auf einer separaten Liegenschaft. Und sie haben natürlich – im Gegensatz zum normalen Streifendienst – Fahrzeuge, die mit Hundeboxen ausgerüstet sind.

Die Diensthundestaffel der Stadtpolizei Frankfurt am Main wurde im Jahre 2000 gegründet und besteht zurzeit aus fünf Diensthundführern (DHF) mit ihren Hunden sowie einem Diensthundlehrwart. Die DHF werden bei größeren Einsätzen zur Absicherung der Kollegen, z.B. bei Personenkontrollen oder von Objekten eingesetzt.

Für die Tätigkeit / Ausbildung als DHF können sich sowohl Beamte als auch Betriebsangestellte intern bewerben. Frauen und Männern steht die Bewerbung hierzu gleichermaßen offen.

Die Hunde können frühestens ab einem Alter von 12 Monaten bei Züchtern und Hundehändlern für die Ausbildung angekauft und dann ausgebildet werden. Nach dem Ankauf erfolgt eine Dienstauglichkeitsuntersuchung bei einem Tierarzt. Es werden nur Hunderassen für die Diensthundausbildung angekauft, welche hierfür auch von der Polizei zugelassen sind. Diese bestehen momentan aus sieben Rassen:

- 1) Deutscher Schäferhund
- 2) Belgischer - / Holländischer Schäferhund (Malinoise und deren Unterarten)
- 3) Airedale Terrier
- 4) Boxer
- 5) Dobermann
- 6) Riesenschnauzer und
- 7) Bouvier de Flandre.

Ausbildung und Prüfung der Hundeführer erfolgt unter Aufsicht der Diensthundeschule der Landespolizei in Mühlheim / Main. Jährlich müssen die dort erbrachten Leistungen wiederholt werden, um die Einsatzfähigkeit zu gewährleisten. Bei diesem sogenannten „Leistungsstand“ wird im Zeitraum von vier Tagen ein Intensivtraining der Diensthunde durch den hiesigen Ausbildungsleiter nach der entsprechenden Prüfungsordnung durchgeführt. Am fünften Tag erfolgt dann die Prüfung zum Leistungsstand durch einen Leistungsrichter.

Für die Basisausbildung des Diensthundführeranwärters und seines Hundes stehen 13 Wochen zur Verfügung. In dieser Zeit werden Anwärtler und Hund, unter der Leitung eines Ausbildungsleiters, praktisch in der Unterordnung und



Diensthundführer (DHF) Stefan Druleib mit einem der Dienstfahrzeuge

Copyright by Stadt Frankfurt am Main, Ordnungsamt

dem Schutzdienst ausgebildet. Weiterhin erfolgt eine theoretische Prüfung des Hundeführers (u.a. Erste Hilfe, Krankheiten, Anatomie des Hundes, Grundsätze der Ausbildung, Abrichtung eines Hundes etc.). Danach erfolgt die praktische Prüfung vor einem Leistungsrichter der Diensthundeschule.

Nach bestandener, zertifizierter Prüfung geht es dann in den Einsatzalltag und das erweiterte zusätzliche Einsatztraining.

Die Hauptaufgabe der Hundeführer der Stadtpolizei bezieht den täglichen Streifen - / Präsenzdienst in städtischen Parks und Grünanlagen ein, neben den sonstigen originären Aufgaben. Weiterhin die Überprüfung bzw. Einziehung / Sicherstellung sogenannter Listenhunde (Kampfhunde) sowie Ermittlungstätigkeit



Linke: Diensthundführer Martin Simon mit Diensthund „Sam“.

Rechts: Diensthundführer Stefan Druleib mit Diensthund „Aiko“ bei einem Vergleichswettkampf der Ordnungsämter in der Nähe von Dresden.

Copyright by Stadt Frankfurt am Main, Ordnungsamt



Linkes Bild: DHF Feldschutzhauptmeister (FHM) Stefan Druleib als Schutzdiensthelfer bei einem Anbiss von Diensthund (DH) „Sam“ auf dem Fahrrad mit einer Vollschutzjacke.

Rechtes Bild: DHF FHM Martin Simon mit DH „Sam“ und DHF FHM Stefan Druleib wieder „als Schutzdiensthelfer /Scheintäter“. Diese Fotos entstanden bei einer Vorführung auf der Maintiermesse Frankfurt am Main.

Copyright by Stadt Frankfurt am Main, Ordnungsamt

ten für die hiesige Fachabteilung für gefährliche Tiere. Die Eingriffsrechte ähneln denen der Landespolizei.

Jeder Diensthund ist bei seinem Hundeführer zu Hause untergebracht und Familienmitglied.

Jedes Jahr wird der Diensthund auf seine weitere Dienstauglichkeit bei einem Tierarzt untersucht. Dort erhält er auch die notwendigen Impfungen.

Nach dem Erreichen der Altersgrenze (zwischen 8-10 Lebensjahr) kann der Hund ausgemustert werden und genießt dann seinen Lebensabend bei dem Hundeführer.

Der Ausbildungsstand der Diensthunde staffelt sich wie folgt:
3 x Malinois (Belgischer Schäferhund,
2 x Verwendung: Schutz -/ Fährtenhund,
1 x derzeit Ausbildung zum Schutzhund)
1 x Hollandse Herder (Holländischer Schäferhund, Verwendung: Schutz - / Fährtenhund)

1 x Schäferhund – Malinoise – Mischling (Verwendung: Schutzhund).

Über Sonderhunde (z.B. Rauschgift, Sprengstoff, Leichen, Bargeld, Mentrail) verfügt die Stadtpolizei Frankfurt derzeit nicht.

Zusätzlich zum „normalen“ Dienstilltag nehmen die Diensthundeführer aber auch an Vorführungen teil, wie auf den Bildern zu sehen.

Durch das Einsatzmittel „Hund“ verfügt die Stadt Frankfurt über eine flexible „Truppe“, die vielseitig einsetzbar ist.

Für die Kollegen der Hundestaffel ist ihr jeweiliger Hund aber bei Weitem nicht NUR Einsatzmittel, sondern wie bereits weiter oben beschrieben, ein geschätztes Familienmitglied.

Stefan Druleib

FRISTEN BEI DRE ABGABE VON BEIHILFEANTRÄGEN SONDERREGELUNGEN FÜR VERSORGUNGSEMPFÄNGER

Grundsatz

Die Beihilfe muss innerhalb eines Jahres eingereicht sein, ansonsten entfällt der Anspruch. Dabei gilt der Eingang bei der Beihilfestelle.

Wenn der Termin zu verstreichen droht

Aus den verschiedensten Gründen kann einmal die Frist zu verstreichen drohen. Bei Versorgungsempfängern ist ein fristgerecht bei der ehemaligen Dienststelle eingegangener Beihilfeantrag als fristwährend anzusehen. Dies ist die wörtliche Ausführung von Nitze in der Kommentierung zur HBeihVo. Somit könnte man zumindest den Postweg abkürzen.

Auslegung der Beihilfestelle

Die Beihilfestelle vertritt die Auffassung, dass der Versorgungsempfänger keine Dienststelle mehr hat. Sie erkennt die ehemalige Dienststelle nicht an.

Was kann man unternehmen

Bei einer Kollegin oder einem Kollegen wurde es mit der Einreichung zeitlich eng. Man hat den Antrag bei der ehemaligen Dienststelle abgegeben. Die Beihilfestelle erkennt dies nicht an. Dann sollte man mit Hinweis auf die Kommentierung von Nitze Widerspruch gegen den Bescheid einlegen. Wird dem Widerspruch nicht stattgegeben, kann man eine Rechtsberatung und danach eventuell Rechtsschutz bei der GdP beantragen.

Harald Dobrindt (Landesseniorenvorsitzender)

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER SENIOREN

FRANKFURTER SENIOREN TREFFEN SICH ZUM INFORMATIONSAUSTAUSCH

Wie in jedem Jahr fand auch 2016 eine Jahreshauptversammlung der GdP-Seniorengruppe Frankfurt a. M. statt. Für die Veranstaltung war der Clubraum I im Bürgerhaus Bornheim, in der Arnsburger Str. 24, in 60385 Frankfurt, am Donnerstag den 16. Juni, bei der Saalbau gebucht worden. Der Veranstaltungstermin wurde in der Märzausgabe vom Polizeireport Frankfurt am Main frühzeitig bekanntgegeben.

Die Begrüßung der anwesenden Teilnehmer wurde durch den Vorsitzenden Heinz Homeyer um 14:30 Uhr durchgeführt. Wie im letzten Jahr waren der Einladung nur einige GdP-SeniorInnen gefolgt. Die geringe Teilnahme von Mitgliedern ist für den Vorstand nicht nachvollziehbar, denn die Landesregierung von CDU und den Grünen verwehrt den KollegInnen die Übernahme des Tarifabschlusses auf die Beamtenschaft. Gerade in einer Zeit in der es auf eine starke Gewerkschaft ankommt sollten alle KollegInnen sich über den Sachstand informieren. Vielleicht sind aber die im Ruhestand befindlichen GdP KollegInnen mit der Arbeit des Vorstandes so zufrieden, dass Sie keine Aussprache und Informationen benötigen?

Nach der Totenehrung und der Annahme der Tagesordnung trug der Vorsitzende Heinz Homeyer einen kurzen gewerkschaftspolitischen Bericht über die Arbeit des Vorstandes im Jahr 2015 und den ersten Monate des Jahres 2016 vor und gab einen Ausblick auf das weitere Jahr.

Der Vorstand der Seniorengruppe führte in regelmäßigen Abständen Sitzungen in den Räumen der Geschäftsstelle, in der Seckbacher Landstr., durch.

Bei Demonstrationen zu der die GdP aufgerufen hatte, beteiligten sich auch viele KollegInnen aus der Seniorengruppe Frankfurt. An dieser Stelle sei an die Demonstration „Handlungsfähiger Sozialstaat“ am 3. März 2016 erinnert.

Polizeiliche Großveranstaltungen sind für die KollegInnen der Senioren-



gruppe immer mit der Betreuung der eingesetzten Polizeikräften verbunden und wir auch von den aktiven KollegInnen begrüßt.

Der Jahresausflug 2015 führte die Seniorinnen und Senioren nach Glauberg in die Keltenwelt. Ein Bericht über den Ausflug wurde im Polizeireport veröffentlicht.

Auch über die Weihnachtsfeier 2015, die sehr gut besucht war, wurde ein Bericht im Polizeireport eingestellt.

Über den Tarifabschluss wurde berichtet. Für die Beamtinnen und Beamten verordnete die schwarz-grüne Hessische Landesregierung für 2015 eine Nullrunde und für 2016 ist eine Erhöhung von 1% für die RuhestandsbeamtInnen. Sie begründen die Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten 2015, sowie die geringe Erhöhung für 2016 von nur 1% für die Ruheständler mit der Einhaltung der Schuldenbremse. Die GdP-Hessen und ihre Mitglieder werden sich mit dieser Aussage nicht zufrieden geben und auf Veranstaltungen sowie Demonstrationen für eine Übernahme des Tarifabschlusses drängen. Damit wird der Grundsatz: „Besoldungsrecht folgt dem Tarifrecht“ außer Kraft gesetzt. Wer heute bei den Beamten spart, wir in Zukunft auch bei den Tarifbeschäftigten nicht Halt machen. Beim Flughafen Kassel Kalden spielte die Schuldenbremse auch keine Rolle.

Der Vorsitzende appellierte an die KollegInnen sich an den Veranstaltungen der GdP zu beteiligen. Es könne nicht sein, dass die Ruheständler für

die verfehlte Haushaltspolitik zur Kasse gebeten werden. Die Aussage von Innenminister Beuth: „In der Vergangenheit wurde über die Verhältnisse gelebt – jetzt müssen wir den Gürtel enger schnallen“ ist eine Ohrfeige für KollegInnen. Die Ruheständler haben bei vielen Großereignissen und anderen Situationen dafür gesorgt, dass es in Hessen friedlich zugeht. Dafür erhalten Sie jetzt Kürzungen. Ist das die immer wieder von der Landesregierung groß herausgestellte Wertschätzung der Arbeit der Polizei. Der GdP-Landesbezirk ruft alle KollegInnen auf, sich an der Veranstaltung in Wiesbaden am 12. Juli 2016 unter dem Motto „Wir blasen der Landesregierung den Marsch“ zu beteiligen.

Die Änderungen im Beihilferecht sind nach massiven Protesten der GdP abgemildert umgesetzt worden. Wer die gleichen Bedingungen der Beihilfe erhalten will muss einen Eigenbeitrag von 18,90 € an 2016 leisten.

Ausblick auf das zweite Halbjahr 2016:

Der Ausflug findet am 1. September 2016 statt und führt in das Freilichtmuseum Hessenpark.

Die Weihnachtsfeier mit Ehrungen findet am 08.12.2016 im Bürgerhaus Bornheim statt.

Der Bericht des Kassierers wurde vor den Teilnehmern zur Kenntnis genommen. Die Kasse der Seniorengruppe ist für kommende Aktionen ausreichend gefüllt. Die Kassenprüfer bescheinigtem

den Kassierer eine einwandfreie Kassenführung.

Durch den Vorstand wurde an die anwesenden Teilnehmer die neue APS-Broschüre verteilt. Im Internet der GdP kann im Mitgliederbereich die Broschüre eingesehen werden, sowie alle Vollmachten und Verfügungen ausgedruckt werden.

Die Ergebnisse der Personalratswahlen wurden zur Kenntnis genommen. Die GdP ist wieder die stärkste Gruppe im Personalrat. Es wurde in der Diskussion festgestellt, die es immer schwieriger

wird die KollegInnen zu bewegen an der Wahl teilzunehmen. Eine intensive Arbeit vor Ort ist in den nächsten Jahren zu leisten, um eine Steigerung der Wahlbeteiligung zu erreichen.

Folgende Termine wurden bekannt gegeben:

1. Grillparty der GdP-BZG Frankfurt in der Gartenanlage Buchhang am 08.07.2016.
2. Ball der Polizei am 17.09.2016 im Bürgerhaus Bornheim.
3. Das Seminar des Landeseniorenvorstandes: „Vorbereitung auf den Ruhestand“ im November 2016.

4. Die DGB Seniorinnen und Senioren führen am 1. Juli 2016, ab 14:00 Uhr ihren Aktionstag am Uhrtürmchen in Bornheim durch.

5. Die Weihnachtsfeier der GdP-Seniorengruppe ist für Donnerstag, den 08. Dezember 2016, ab 14:30 Uhr im Bürgerhaus Bornheim terminiert.

Damit endete die diesjährige Jahreshauptversammlung der GdP-Seniorengruppe Frankfurt.

Text und Bilder Ho.

EINLADUNG ZUR WEIHNACHTSFEIER DER SENIOREN

Liebe GdP-Ruheständlerinnen und Ruheständler das Jahr neigt sich dem Ende entgegen, daher jetzt die Information bezüglich der allseits beliebten Weihnachtsfeier. Wenn Sie diese Nachricht lesen sind es noch einige Wochen bis zum Weihnachtsfest. Viele von Euch sind noch in Urlaubsstimmung und Weihnachten ist in Gedanken noch weit entfernt. Um die GdP-Weihnachtsfeier nicht zu versäumen sofort den Termin im Kalender notieren und sich Anmelden.

Die Weihnachtsfeier findet statt:

Am Donnerstag, den **08. Dezember 2016**,
im Bürgerhaus Bornheim, Clubraum 1,
Arnsburger Str. 24
60385 Frankfurt

Beginn: 15:00 Uhr
Einlass: 14:30 Uhr



Der Vorsitzende der Seniorengruppe Frankfurt, Heinz Homeyer, wird einen Bericht über die Aktivitäten im abgelaufenen Jahr, sowie einen Ausblick auf das kommende Jahr 2017, abgeben.

Für die Veranstaltung werden folgende Gäste eingeladen:

Aus dem Polizeipräsidium Frankfurt werden wir wieder führende Personen zu unserer Weihnachtsfeier einladen um einen kleinen Bericht aus der Arbeit der Frankfurter Polizei zu erhalten. Ebenso werden die Vorstandsver-

treter der GdP-BZG eingeladen. Wir hoffen, dass der Landesseniorenvorsitzende Harald Dobrindt, der Hauptpersonalratsvorsitzende Jens Mohrherr und unser langjähriger Freund Pfarrer Wahner unserer Einladung folgen und an der Feier teilnehmen.

Die vorgenannten Gäste werden einige wichtige Ereignisse des abgelaufenen Jahres noch einmal beleuchten. Mit Weihnachtsgeschichten wird die Veranstaltung eine vorweihnachtliche Stimmung erhalten.

Weiterhin will der Vorstand der Frankfurter Seniorengruppe langjährige Gewerkschaftsmitglieder für ihre Treue zur GdP ehren.

Der Vorstand hofft, dass die Veranstaltung wie in den letzten Jahren von den Seniorinnen und Senioren gut angenommen wird.

Damit genügend Plätze für die Weihnachtsfeier bereitgestellt werden, bittet der Vorstand alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer um Anmeldung.

Anmeldung an folgende Anschrift bis zum 28. November 2016 senden:

**Gewerkschaft der Polizei Bezirksgruppe Frankfurt
Seniorengruppe
Seckbacher Landstraße 6
60389 Frankfurt**

Oder per E-Mail an Heinz-Homeyer@t-online.de

Die Anmeldung bitte in Druckbuchstaben ausfüllen.

**ES FREUT SICH AUF EUCH DER VORSTAND
DER GDP-SENIORENGRUPPE FRANKFURT**

_____	_____
Name, Vorname	Geburtstag
_____	_____
Mitgliedsnummer	Anzahl der Personen
_____	_____
Straße und Hausnummer	PLZ und Wohnort

DGB – STADTVERBAND

DER SENIORENKREIS DEMONSTRIERT IN BORNHEIM

Auch in diesem Jahr wurde vom DGB-Seniorenkreis wieder ein Aktionstag durchgeführt. Von den SeniorInnen des DGB wurde als Austragungsort für dieses Jahr der Platz am Uhrtürmchen in Bornheim ausgewählt. Am 1. Juli 2016 trafen sich die SeniorInnen der einzelnen Gewerkschaften im DGB, um ab 13:00 Uhr am Uhrtürmchen in Bornheim die Stände aufzubauen.

Das Thema für den diesjährigen Aktionstag war:

„Altersarmut. Wie geht es mit der Rente weiter?“

Die Eröffnung gegen 14:00 Uhr erfolgte durch Egidius Planz von den DGB-SeniorenInnen. Danach wurden die anwesenden BürgerInnen mit Arbeiterliedern von den Musikern Dieter und Dieter – Liedermacher von der Ostalp –, unterhalten.

Zu dem Thema „Altersarmut. Wie geht es mit der Rente weiter“ sprach als erster Redner Klaus Schüller, Vorsitzender der DGB SeniorInnen Hessen – Thüringen.

Zu Beginn seiner Rede ging Klaus Schüller auf die Rentenerhöhung in diesem Jahr ein. „Durch die von den Gewerkschaften erkämpften Tarifsteigerungen und der guten Wirtschaftlichen Lage sind die Einzahlungen in die Sozialversicherungen gestiegen und haben den Spielraum für die Rentensteigerung ermöglicht. Aber dies entlockt nicht bei allen Rentnerinnen und Rentnern Jubelrufe. Die Zahl der Menschen die Rente beziehen und daneben bei jedem Scheißwetter Zeitungen austragen, in den Supermärkten Regale auffüllen und als Reinigungskräfte arbeiten, nimmt immer mehr zu. Sie tun dies nicht als sportliche Betätigung, oder als Frischlufttherapie wie es und einige superschlaue einreden wollen, sondern weil ihre Rente zum Leben nicht reicht. Für diese Menschen ist der Spruch, mit Würde im Alter Leben, ein Hohn. Die gesetzliche per Umlage finanzierte Rente ist und muss die Hauptsäule der Altersversorgung bleiben. Eine private Rente können sich nur Besserverdienende leisten. Der Durchschnitt der Renten in Hessen beträgt für Männer 1084,00 € und für Frauen 760,00 €. Man muss kein



guter Kopfrechner sein um zu wissen wo die Reise hingeht.

Wenn man dann noch die hirnrissige Diskussion zum Thema Rente mit 70 Jahren zur Kenntnis nimmt, zeigt es einem auf, dass aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt wurde. Diejenigen, die die Rente mit 70 befürworten, sollen bitte mal in der Pflege, im Straßenbau, als Dachdecker oder in anderen schweren Berufen arbeiten, aber nicht nur ein oder zwei Tage – sondern Jahre. Sehr schnell würden sie nicht mehr für eine Rente mit 70 Jahren fordern. Auch die Diskussion von einigen gutverdienenden Besserwissern, „Die Reichen alten plündern die armen Jungen aus“ bzw. nur der Hinweis auf den demokratischen Aspekt zeigt, dass sie nur ihre eigenen Interessen verfolgen. Die groß propagierte private Rente ist gescheitert und hat sich als Flopp herausgestellt. Profitiert haben nur die Versicherungskonzerne.

Ein weiteres Rentenproblem ist der Bereich des Niedriglohensektors. Laut Aussage der Bundesagentur für Arbeit im Februar 2016 arbeiten 4,748 Millionen Menschen im Hauptjob als geringfügig Beschäftigte. Hier tickt eine Zeitbombe und der Weg in die Altersarmut ist vorprogrammiert. Es kann nicht sein, dass unserer ArbeitnehmerInnen 40 Jahre lang hart arbeiten und am Ende auf dem Niveau der Sozialhilfe landen. Eine weitere Privatisierung des Rentensystems hilft nur dem Kapital, denn dadurch ist noch eine Menge Geld und Rendite zu verdienen. Die Abschaffung des Generationsvertrages werden wir als Gewerkschaften nicht akzeptieren. Wir müssen den Sinkflug der gesetzlichen Rente stoppen, dafür brauchen im Rentensystem einen grundlegenden Kurswechsel. Der DGB mit seinen Ge-

werkschaften wird das Thema Rente und Altersarmut zum Bundestagswahlkampf 2017 hart mit allen demokratischen Parteien diskutieren.

Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, muss von der Rente leben können.

Um die gesetzliche Rente zu stabilisieren ist es erforderlich eine Erwerbstätigenversicherung für alle einzuführen. Wir sollten uns auch nicht bezüglich der Lebensleistungsrente und der Beamtenbesoldung gegeneinander ausspielen lassen, sondern für alle Ruhestandsbezüge erkämpfen die für ein Leben in Würde im Alter ausreicht.“



Nach einigen Liedern von Dieter und Dieter sprachen dann noch Dieter Müller vom VDK Frankfurt und Dr. Jürgen Richter, Geschäftsführer der AWO Frankfurt.

Beide zeigten auf, dass es schon heute eine große Zahl von Menschen in dieser reichen Stadt gibt, die neben der Rente auf Sozialleistungen angewiesen sind.

An den Ständen wurde Informationsmaterial verteilt und Gespräche geführt. Vorbeilende Menschen wurden durch die Stände neugierig und nahmen Informationsmaterial mit. An den Ständen wurde aber auch registriert, dass viele jüngere Menschen, das Thema „Rente“ an den Rand schieben und sich noch nicht damit befassen. Die Menschen für die Ziele der DGB-SeniorenInnen zu begeistern, wird in der heutigen Zeit der Ellenbogen-gesellschaft immer schwieriger. Erst wenn die Menschen persönlich von Maßnahmen betroffen sind, rufen sie nach Hilfe.

Der Aktionstag 2016 war eine gelungene Veranstaltung und weitere Aktionen werden folgen bis unsere Forderungen für eine gerechte Rentenpolitik umgesetzt sind.

Quellen DGB
Text und Fotos Ho.

SENIORENSEMINAR 2017 IN TANN/RÖHN

DIE GDP-SENIOREN LADEN EIN

Auch im Jahr 2017 führt der Landesseniorenvorstand der GdP Hessen wieder ein Seniorenseminar durch. Eingeladen dazu sind alle Rentner/innen und Pensionär/innen mit Partner/in.

Es ist ein Eigenbetrag von 20 Euro pro Teilnehmer zu leisten, der auch im Verhinderungsfall nicht zurück erstattet wird.



Vorgesehene Themen

Der Pflegefall

Martin Kerstin vom Pflegestützpunkt Fulda, (Vorsorge-Wohnung-Hilfsangebote im Alter bei Behinderung-Pflegekasse und Pflegestufen)
Beihilfe

Gerhard Kaiser von der Beihilfestelle Hünfeld, (Kosten im Pflegefall)

Patientenverfügung / Vorsorgevollmacht / Betreuungsverfügung / Notfallordner

Stefan Ruppel, GdP Hessen

Aktueller gewerkschaftlicher Bericht

Andreas Grün, Landesvorsitzender GdP Hessen

Termin

21. und 22. März 2017

Beginn am 21. 21.03.2017, 10:00 Uhr

Ende am 22.03.2017, etwa um 13:00 Uhr

Ort

Gasthaus „Zur Krone“, Am Stadttor 2, 36142 Tann/Rhön

Telefon: 06682-213, Webseite: www.krone-tann.de

Anmeldungen

Ab Mitte September ist im Internet ein Anmeldeformular mit der Bankverbindung für die Geldüberweisung eingestellt.

Dazu die Adresse <http://www.gdp.de/gdp/gdphe.nsf/id/Senioren> oder einfach nur in Google „gdp hessen senioren“ eingeben.

Sollte kein Internetzugang vorhanden sein, kann man in der GdP-Geschäftsstelle bei Ruth Brunner, GdP Hessen, Wilhelmstr. 60a, 65183 Wiesbaden, schriftlich oder per Telefon: 0611-99227-30, ab Ende September 2016, ein Anmeldeformular anfordern.

Anmeldeschluss: 01. Dezember 2016

Berücksichtigung: Sollten mehr Anmeldungen eingehen, als Plätze vorhanden sind, werden zunächst Kolleginnen und Kollegen berücksichtigt, die noch kein Seniorenseminar besucht haben. Weiterhin erfolgt die Berücksichtigung nach Eingang der schriftlichen Anmeldung.

Alle Kolleginnen und Kollegen die in diesem Seminar keinen Platz mehr bekommen haben, werden wenn gewünscht, beim nächsten Seniorenseminar bevorzugt berücksichtigt.

Hinweis

Seniorenseminare finden jeweils im Frühjahr des Jahres statt.

Die Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ für Kolleginnen und Kollegen vor oder kurz nach dem Ruhestand werden jeweils im Spätherbst des Jahres durchgeführt.

**Auskünfte: Harald Dobrindt, Desbergstraße 22, 35685 Dillenburg,
Telefon: 02771-33821, E-Mail: hd.dobrindt@t-online.de
oder bei den Seniorenvertretern der GdP-Bezirksgruppen.**

EINE REISE NACH COLOMBIA

ODER -WO GEWERKSCHAFTER GEFÄHRLICH LEBEN

WIE, MAG SICH DER EIN ODER ANDERE FRAGEN, KOMMT MAN EIGENTLICH NACH KOLUMBIEN?

In unserem Fall musste es einfach irgendwann so kommen. Das Land im Nordwesten Südamerikas rumorte schon lange in den Reiseplänen meiner Frau, die bereits während ihres Sprachenstudiums ein Jahr in Südamerika Land, Leute und eine Zweit-Familie kennen lernen durfte. Nachdem sich die Dolmetscherin und der Verfasser dieses Reiseberichts erst beruflich mit den Umtrieben des ein oder anderen kolumbianischen Handlungsreisenden beschäftigten und später noch die private Beschäftigung miteinander dazu kam, war der Weg ins Reisebüro unvermeidlich. Hinzu kam, dass ich erste Eindrücke von Bogotá, der capitale, und Pereira, einem ziemlich wilden Flecken, 2009 bei einer Dienstreise sammeln durfte. Trotz des eher untouristischen Reiseanlasses erlaubte das Land aber schon damals vielversprechende Einblicke, die wir im März 2016 letztendlich vertiefen sollten.

Vor der Landung auf Bogotá's aeropuerto Eldorado möchte ich aber unbedingt die vielfältigen und freundschaftlichen Tipps der BKA-Verbindungsbeamten Dirk, Götz und Matthias sowohl hier als auch im Gastgeberland erwähnen. Denn einerseits konnten wir uns dadurch auch schon im Vorfeld diesem nicht ganz alltäglichen Reiseziel sehr praktisch annähern, vor allem aber erfuhren wir deren tolle Gastfreundschaft vor Ort.

Unabhängig hiervon muss noch die ausgesprochen beeindruckende kolumbianische Gewerkschafterin Nohora Tovar vorgestellt werden, die meine Frau 2013 anlässlich deren Verleihung des Ludwig-Beck-Preises in Wiesbaden dolmetschte und dabei näher kennenlernen konnte. Dieser Preis wird von der Landeshauptstadt für Menschen, die besondere Zivilcourage zeigen, verliehen. Dass

entsprechendes Engagement in Kolumbien reichlich Courage erfordert, mag man bereits erahnen; auf dieses Thema gehen wir später noch ein.



Bogota Nohora Tovar

Der elfenhalbstündige LH-Flug verging auch wie im Flug, während das Einreiseprocédere dann fast genauso lange dauerte. Als überwiegend innerhalb der EU-Flugreisender kennt man das überhaupt nicht mehr – ein Lob an dieser Stelle dem Projekt EU und seiner Freizügigkeit! Dank der ausgeprägten Gastfreundschaft Dirks und seiner Frau Karin gelang unsere Integration recht flott, was auch an dem quirligen Viertel Usaquen mit seinen bunten Häusern



Bogota Kathedrale

lag, in dem man sich auch abends ungefährdet per pedes bewegen kann. Das gilt, jedenfalls nach Einbruch der Dunkelheit, leider nicht für die Altstadt Bogotá's mit seinem Kolonial- und Studiviertel Candalaria. Hier liegen an der riesigen Plaza Bolívar die Catedral Primada de Colombia, der Palacio Narino des Staatspräsidenten und der 1985 nach einem Guerillaangriff durch anschließenden Panzerbeschuss dermaßen zerstörte Justizpalast, dass er abgerissen werden musste. Touristisches highlight ist dort ohne Frage das Museo d'Oro, in dem wahre

Goldstücke, sage und schreibe etwa 35.000 Objekte, aus den frühesten präkolumbianischen Epochen zu bestaunen sind. Nähere Beschreibungen spart sich der Bericht, denn sie könnten dem optischen Eindruck nicht gerecht werden. Vieles ist Geschmackssache, uns jedenfalls hat das wenige quadras weiter gelegene Museo Botero und seine offene Atmosphäre mit einem ruhigen patio, in dem unzählige Bilder und Skulpturen Fernando Boteros ihre prallen Formen dem Betrachter entgegen strecken, viel Spaß gemacht.

Leider aber spiegelt bereits dieser durchaus sehenswerte Altstadt-kern einen stark vernachlässigten Eindruck wieder, der durch die kaum vorhandenen Lokale verstärkt wird. Eine rühmliche Ausnahme ist das traditionelle Caférestaurant „Roma“, in dem wir Nohora wieder treffen. Wir hören von ihrem – man fürchtet, nie endenden – Kampf für die riesige Anzahl der kleinen Leute und deren Arbeitnehmerrechten. Dass diese nicht nur im übertragenen Sinn mit Füßen getreten, die Engagierten und ihre Familien bis hin zu Anschlägen gegen ihr Leben verfolgt werden, ist erschreckenderweise Bestandteil der Tagesordnung. Man kann nicht die Augen davor verschließen, dass zu Kolumbien, unabhängig von seinen fantastischen Landschaften, die uns auf jedem Kilo- und Höhenmeter zwischen Pazifik und dem karibischen Atlantik begegnen, auch eine unheilvolle Mixtur aus Korruption, wieder steigender Alltagskriminalität und den Guerilleros von FARC und ELN, um nur die beiden größten zu nennen, gehört. Nohora sitzt, aus der Metallergewerkschaft stammend, der Kommission zur kollektiven Wiedergutmachung der Gewerkschaften vor. Sie versucht, sich dabei nicht allzu deutlich zu exponieren. Denn es wurden, für uns unvorstellbar, in den zurückliegenden Jahren um die 4.000 Gewerkschafter Opfer tödlicher Gewalt. Die Kommission ist Teil



der aktuellen Bestrebungen Kolumbiens, den Friedensprozess einmal mehr anzugehen. Immerhin haben die seit über 50 Jahren anhaltenden Kämpfe mit der Guerilla von FARC und ELN (um nur die beiden größten...) zu geschätzt 4 Millionen Binnenflüchtlingen – nach dem Sudan liegt Kolumbien weltweit jetzt nur noch an zweiter Stelle – geführt.

Bei der soweit überhaupt möglichen Bewusstmachung dieser Zahlen empfiehlt sich uns europäischen Besuchern nach meinem Empfinden einmal mehr, unseren heimischen Verhältnissen mit etwas weniger Aufgeregtheit zu begegnen. Hier soll dieses Thema nicht vertieft werden, aber erfreulicherweise erscheint wenige Wochen nach diesem Gespräch und einigen Fotos mit Nohora ein Artikel über ihr aktuelles Wirken im Wiesbadener Kurier.

Nachdem das Café geschlossen hat, die schweren Eisengitter der letzten noch geöffneten Läden in der Umgebung heruntergerasselt sind und die Dunkelheit eingebrochen ist, macht sie sich doch einige Gedanken um unsere sichere Rückfahrt in den Norden der Stadt. Zweifelsfrei als Gringos – und damit steinreich – zu erkennen, finden wir einen noch geöffneten Fast-Food-Laden, in dem uns Nohora ein Taxi bestellt. Bei dieser Methode wird uns dessen Kennzeichen und dem taxista, natürlich neben der Adresse, unser Name genannt. Vom Anhalten eines der unzähligen Taxen auf der Straße wird, bei Dunkelheit allemal, dringend abgeraten. Beliebt der geneigte Reisende, insoweit die Grenzen auszureizen, kann die Taxifahrt schnell im Ungewissen oder auch an einem Geldautomaten, allerdings mit einer Zwangsabhebung zu Gunsten

des taxistas und seiner compadres verbunden, enden.

Wir kommen aber wieder gut in Usaquen an



Zapaquirá Plaza

und lassen uns am nächsten Morgen, selbstredend über das Hotel geordert, zum Pseudo-„Busbahnhof“ Portal del Norte chauffieren. Im Unterschied zu allen wirklichen Busterminals, die wir noch kennenlernen werden, halten die Busse hier einfach an einer Ausfallstraße Richtung Norden an. Man muss sich energisch, den Griff von Schaffnern und ähnlichen Anreißern abwehrend, in den Bus hinein diskutieren, der auch den gewünschten Zielort und nicht nur die Richtung ansteuert.

Das war in diesem Fall, dem Beginn unserer Landpartie, das Kolonialstädtchen Zapaquirá. Dessen absolute Hauptattraktion ist die gewaltige Catedral de Sal, die im südwestlich des kleinen Städtchens liegenden Salzbergwerk errichtet wurde. In dieser riesigen dreischiffigen Höhlenkirche, spannend illuminiert, besteht einfach alles aus – steinhartem – Salz. Das Taufbecken, das 16 Meter hohe Kreuz wie alle Stationen des Kreuzwegs. Das Höhlenklima, nicht so drückend wie im Freien, und die Atmosphäre sind ausgesprochen angenehm und so bemerken wir nicht, wie die Zeit herumgeht. Das liegt allerdings auch an unserem Führer Nestor, der uns reichlich Zahlenmaterial liefert. Vor allem aber erklärt er anschaulich die essentielle Bedeutung des Salzes in früheren Zeiten, spanisch sal, wie sich beispielsweise auch der Begriff Salär hiervon ableitet. Zum Ende werden wir noch durch eine Art Smaragd-Erlebnismuseum mit Kaufgelegenheit

geschleust, wobei wir den Edelstein-erwerb aber erstmal zurückstellen.

Mittags hatten wir auf Empfehlung unseres Posada-Eigentümers Don Raffaele in einem bis auf den letzten Platz gefüllten Lokal ausgesprochen leckere Forellen, die sich nicht selten auf Kolumbiens Speisekarten wiederfinden, gegessen. Nach dem Besuch der Catedral de Sal streifen wir durch das recht übersichtliche Zapaquirá und meine Frau erteilt drei Schülern wunschgemäß Auskunft für deren Projektarbeit „Verbesserung der touristischen Infrastruktur in Zapaquirá“. Wir treffen die Drei an der großen, palmenbestandenen und unaufgeregten plaza, auf der man selbige und die Umgebung tiefenentspannt auf sich wirken lassen kann. Das machen wir bis zum Sonnenuntergang, nach dem es noch ruhiger wird. Wir finden immerhin noch eine Creperie, die von kreativen jungen colombianos betrieben wird und erfreulich aus dem ansonsten eher tristen Angebot wie „Chicken-Frisbee“ herausragt.

Tags darauf nehmen wir schon wieder Abschied von Zapaquirá, da unser nächstes Etappenziel, unser Reiseführer schreibt hier zu Recht, das „wahr gewordene koloniale Märchen“ Villa de Leyva lockt. Nach einigen Irrungen und Wirrungen finden wir in einem Gewerbegebiet außerhalb des kleinen Nests eine Buscompany, die uns in die grobe Richtung nach Chiquinquirá befördert. Am Busterminal dort erwischen wir gerade noch den Anschluss bis fast nach Villa de Leyva, wo wir an einer Kreuzung nach dem Motto: last exit... abspringen. Noch während wir überlegen, wie es jetzt weitergehen könnte, die fehlenden fünf Kilometer sind fraglos zu strapaziös für die Fahrgestelle unserer Trolleys, kreuzt ein Taxi auf und transportiert uns in die ausgesprochen geschmackvolle Casa Terra, unserer Bleibe für die nächsten Tage.



Das traditionelle Pflaster

Nach einem ordentlichen Platzregen, durch den die angenehmen Temperaturen aber kaum sinken, erkunden wir, über das traditionelle Pflaster stolpernd, dieses auch bei Kolumbianern außerordentlich beliebte Städtchen. Da die Straßen – in Nord-Süd-Richtung carreras, in Ost-West-Richtung calles genannt – wie eigentlich überall im Schachbrettmuster angelegt sind, kann man sich nicht verlaufen und stößt alsbald auf die steinalte Plaza Mayor. Die ist mit ihren Seitenlängen von jeweils 120 Metern, gesäumt von weißgekalkten, zweigeschossigen Gebäuden im andalusischen Stil, wirklich riesig. Bei dem groben Kopfsteinpflaster muss man schon vor seine Füße gucken und bleibt dann eben mal stehen, um den Platz mit der seit ihrer Errichtung 1608 im Aussehen unveränderte, wie eine Trutzburg wirkende Pfarrkirche parroquial und das sich dahinter dramatisch auftürmende Bergmassiv zu betrachten. Leicht deplaziert wirkt in dem gesamten Ensemble vielleicht die nebenan liegende „Dorfkneipe“, die sich allerdings dessen ungeachtet bei den davor chillenden chicas und chicos ganz offensichtlich großer Beliebtheit erfreut.

Wem möglicherweise die musikalischen Darbietungen und amerikanischen Reisegruppen in der ersten Reihe, also der plaza, genug sein sollten, findet in den umliegenden Gassen bodenständige gastronomische Angebote, die auf jeden Fall einen Besuch wert sind.

Beim gemeinsamen Frühstück am nächsten Morgen mit Kolibris, die das Zuckerwasser angelockt hat, empfiehlt uns die sehr sympathische und bestens informierte Hotelchefin Ximena eine Radtour in die Umgebung. Von den Bike-Verleihern an einem kleinen Park ums Eck sind wir ebenfalls schwer angetan. Nicht nur, dass die MTBs gut in Schuss sind, außerdem Werkzeug und Helme mit zum Programm gehören, sondern da vor allem die Routendarstellung vorbildlich ist. Die nette Bike-Frau zeigt uns den kompletten Streckenverlauf auf dem PC-Monitor und wir radeln bestens orientiert etwa 30 km auf Straßen und gut befestigten Feldwegen durch die brütende Landschaft.

Wir passieren die Casa Terracotta, ein wild daher kommendes, sur-

real anmutendes Märchenhaus des Architekten Octavio Mendoza. Wir staunen über die immer runden, geschwungenen Linienführungen des tollen, nahezu komplett aus Ton errichteten Hauses. Der Architekt hatte es für sich gebaut, aber angeblich kann man es jetzt mieten. Wir haben unsere Nasen in jeden Raum gesteckt und, außer dem Kassierer und einige den Dachgrill verputzenden Handwerkern, niemanden getroffen. Wir biken weiter an einer Straußenfarm, einer Blumenaufzucht und den pozo azules vorbei. Das sind kleine natürliche Wasserbecken, die trotz ihrer Bezeichnung azul nicht nur blau sondern auch grün schimmern und in einer kargen, fast schon in eine Wüste übergehende Landschaftsecke liegen. Passend dazu kommen wir an Fossilien und einem paläontologischen Museum vorbei, das praktischerweise sogleich nach der Entdeckung der um die 120 Millionen Jahre alten Knochen eines riesigen Kronosaurus, der Hauptattraktion, um diesen herum gebaut wurde. Die alten Gräten des Meeressauriers hatte 1977 ein Bauer auf seinem Feld entdeckt und augebuddelt. Zumindest einen Teil, denn schon der krokodilsähnliche Kopf des Sauriers misst 2,70 Meter.

An dem Museum treffen wir ein Pärchen mit dreijährigem Töchterchen Isabelita, die uns wärmstens ihre Heimat, die zona cafetera, unser übernächstes Etappenziel, ans Herz legen. Der stolze Papa versäumt auch nicht, uns die bahnbrechenden Erkenntnisse einer Studie mit auf den Weg zu geben, wonach Frauen am Tag etwa 7.500 Worte sprechen. Ich bin wenig beeindruckt, da ich diese Quote als Stundendurchschnitt geschätzt hätte.

Leicht ausgelaugt von Hitze und Saurier kehren wir auf dem Rückweg kurz vor Villa de Leyva in das Restaurant des örtlichen Künstlers „Don Tomatino“ ein, wo wir bei in Tigermilch – die allerdings weder aus



Casa Terracotta

Tigern noch aus Milch sondern aus Limetten zusammengerührt wird – gebeiztem Ceviche und Guanabana-Saft den Blick auf die Landschaft der gegenüberliegenden Bergkette schweifen lassen. Aber nur kurz, denn es ziehen dunkle Wolken auf und wir müssen das freundliche Angebot „Don Tomatinos“, sein Atelier zu besuchen, leider ablehnen. Die letzten Kilometer sind schnell zurückgelegt und wir geben mit den ersten fetten Tropfen die MTBs zurück.

Am nächsten Tag heißt es hier schon wieder Abschied nehmen und wir ergattern einen Bus mit Direktverbindung zum Busterminal in Bogotá, wo wir uns in eine Taxi-Warteschlange mit Taxi-Ticketausgabe einreihen. Dort angekommen, nennen wir der Supervisorin unser Ziel, den Flughafen, und schon sitzen wir wieder mal in so einem kleinen gelben Flitzer, der uns im Inlandsterminal abliefern. Das war aber falsch gedacht und wir sitzen kurz darauf in einem Shuttlebus, der uns zum internationalen Terminal bringt. Hier werden alle Avianca-Flüge, und damit auch die nationalen, abgefertigt. 40 Minuten nach dem Abflug setzen wir mit einem ordentlichen Bums auf der Landebahn des doch eher finstern beleumundeten Pereira auf und lassen uns, diesmal von einem recht penetranten taxidriver, der uns die nächsten Tage überall hin zu chauffieren anbietet, in das gebuchte Hotel transportieren. Das liegt zwei quadras, also Blocks, vom Hauptplatz Pereiras entfernt und viel weiter, so die aufmerksamen Mitarbeiter an der Rezeption, sollten wir uns auch nach Einbruch der Dunkelheit per pedes nicht bewegen. An der plaza finden wir das erste Haus am Platze



Marsella Casa Cultura

mit einigen jungen Damen im kleinen Schwarzen und einer gerade noch – es ist gerade mal neun Uhr abends – geöffneten Dachterrassen-Bar vor. Die fünf Girlies im Aufzug erzählen stolz, ihren 15. zu feiern, was hier ganz eindeutig eine aufregende Angelegenheit ist. Schließlich sind die Latinas damit schon fast bei den Erwachsenen angekommen.

Wir werden nach dem eher einfachen Abendsnack unmissverständlich auf die vorgerückte Stunde hingewiesen und trollen uns über die Plaza Bolívar, die von einer recht misslungenen Reiterstatue ihres nackten Namensgebers und Befreiers verunstaltet wird, in Richtung unseres Hotels zurück. Gegenüber, in einer riesigen, grell erleuchteten Fast-Food-self-service-panaderia trinken wir noch einen Kaffee und wundern uns über die Pärchen, die hier in Reih' und Glied wenig romantisch zusammensitzen.

Tags darauf schrauben wir uns mit einem altersschwachen, bunten Klapperbus die Berge hinauf in das malerische Städtchen Marsella, etwa 30 km nordwestlich von Pereira. Der Bus schnauft sich und seine 20 zusammengequetschten Passagiere in einer guten Stunde durch kaffeeplantagengesäumte, pralle Landschaftsbilder mit Palmen, Helikonien und tiefen Schluchten bis auf die 1.600 Meter hinauf, auf denen das 10.000-Einwohner-Städtchen liegt. In den Cafés rund um den Hauptplatz parque central herrscht lebhaftes Sonntagnachmittagstreiben, das sich der Reisende am besten erstmal mit einem der vielen angebote-

nen Kaffeesorten betrachtet. Dermaßen gestärkt, streifen wir später durch die Sträßchen und stoßen auf die Markthalle, zu der auch einige Kneipen mit ohrenbetäubender Musik hinter schweren Türvorhängen gehören. Ich stecke den Kopf durch und sehe nur ein paar kids, die gackernd ihre Köpfe zusam-

men stecken. Ein älterer Eckensteher erklärt uns fast verschämt, das seien cantinas, die würden dort trinken und tanzen, und, naja... Wirklich rotlichtverdächtig kommen uns die Schuppen nicht vor, trotzdem ziehen wir eine landestypische paisanococho vor. In diesem Fall hatte die Küche verschiedene knorpelige Fleischstücke mit Yucca und Reis kombiniert, die wir mit der Hauslimonade und unter den Klängen des unvermeidlichen Fernsehers in einem ganz ansprechenden Lokal serviert bekamen.

Wir schlendern weiter über den liebevoll gestalteten Friedhof Cementerio Jesus Maria Estrela aus dem Jahr 1928 und zu der casa de la cultura. Hier findet sich einfach alles vom Ethno-, Paläonto-, Heimat- bis zum technischen Museum, es ist halb Klassen-, halb Versammlungsraum, und ein open-air-Schach mit Tischtennisabteilung gibt es auch. Das innen offene Gebäude, wie wohl die meisten hier, wirkt äußerst einladend. Dazu tragen die ausgesprochen freundlichen, auskunftsfreudigen Beschäftigten und einige Schulknaben, die sich an uns hängen, bei.

Tränen lachen wir vor einem großformatig-grobkörnigem Foto des heute etwa 100jährigen escritores, der beschreibt, wie er am 7. April 1957 zum Schießen einiger Luftaufnahmen seiner Heimatgemeinde in den klapprigen Flieger eines Freundes stieg: er habe dabei starke Ängste aushalten müssen, da der Freund seine Flugkünste ausschließlich im Rahmen eines Fernstudiums erwor-

ben hätte. Mutig war der Schriftsteller auf jeden Fall.

Beim Nachmittagskaffee wundern wir uns über die Passanten, die sich fast allesamt vor einem nicht besonders spannenden Kaffee-Werbeaufsteller gegenseitig fotografieren. Die Bedienung klärt uns auf, dass hier erst vor kurzem eine äußerst beliebte telenovela, also eine Seifenoper, gedreht wurde. Und wenn ein Format im lateinamerikanischen TV beliebt ist, dann sind es die telenovelas.

Zurück am Busterminal erkundige ich mich an dem kleinen Kiosko nach dem Toilettenschlüssel. Die Damen bedeuten mir etwas Unverständliches und weisen in die Richtung der entsprechenden Tür. Ein kleiner Obolus wechselt den Besitzer, ich steuere das Örtchen an und – siehe da, die Tür öffnet sich wie von Geisterhand. Beim Verlassen des ziemlich üblen Örtchens sehe ich, dass es sich um keine Geister sondern um ausgefeilte kolumbianische Technik handelt. Vom Schnapps Schloss der Tür führt ein Seilzug zur drei Meter hohen Decke, durch ein großformatiges Loch in der Wand, entlang der Glasfassade des Terminals und zu guter Letzt wieder hinunter zum Kiosk der öffnenden Damen. Kurz später zuckeln wir pünktlich mit dem farbenfrohen Klapper-Minibus die phantastische Strecke nach Pereira zurück und freuen uns über diesen abwechslungsreichen Ausflug in das charmante Marsella.

In Pereira wechseln wir wieder in das obligatorische Taxi zurück zum Hotel. Die Taxipreise bewegten sich meistens auf dem gleichen Niveau und die Fahrtstrecken wirkten recht zielgerichtet, so dass wir davon ausgingen, einen fairen Preis mit einem vertretbaren Touri-Aufschlag bezahlt zu haben. Alle taxistas warfen auch immer brav ihre Uhren an, die dann allerdings nur eine Summe anzeigen, die anhand einer weiteren Tariftabelle erst mal in den zu entrichtenden Peso-Betrag umgerechnet werden musste. In Bogotá fand sich diese Tabelle gelegentlich auch am Beifahrersitz, zumeist aber nur im Kopf des taxistas. Wir haben für die mitunter auch bis zu knapp einer Stunde dauernden Fahrten zwischen 5.000,- und 20.000,- COP bezahlt –



Salento Willy Jeeps

und 10.000,- Pesos lagen Anfang 2016 bei etwa 2,75 Euro, also wirklich vertretbar.

Tags darauf schlendern wir bis zur nächsten Busfahrt in die viel gepriesene Eje Cafetera, der Kaffeeanbauregion, nach Salento noch ein wenig durch Pereiras Hauptstraße, die von einfachen – wir würden vielleicht 1-Euro-Läden sagen – gesäumt ist. Beim Erwerb einer Bürste für das bereits schwer in Mitleidenschaft gezogene Reisegepäck werden wir reichlich bestaunt, was aber wohl auch nicht so verwunderlich ist, da wir offenbar die einzigen Europäer weit und breit sind.

Dies ändert sich aber bereits wieder in dem Bus, in dem wir zwei Schweizerinnen neben uns sitzen haben. Die Fahrt geht wieder durch spannende Gebirgslandschaft, die jedoch wegen ihrer äquatornahen üppigen Vegetation ganz anders daher kommt, als wir das aus unseren Breiten kennen. Die zweistündige Fahrt vergeht dementsprechend flott und kurzweilig, bis wir 500 Meter höher als Pereira auf 1.900 Metern in dem entzückenden 5.000-Seelen-Dörfchen Salento ankommen. Am weitläufigen Hauptplatz finden sich außer policía, Bürgermeister und der nicht eben schönheitspreisverdächtigen Kirche die wirklichen Hingucker in Form eines Rudels bunter,

mit chromblitzenden Pferdchen oder auch Bulldoggen verzierten Willy-Jeeps ein. Flugs, wir haben noch keinen Koffer aus dem Bus gezerrt, eilt ein Señor herbei und empfiehlt uns wärmstens das Resto „Willy's“. Wir lehnen mit Hinweis auf mangelnden Appetit ab und machen uns nach kurzem Studium des alternativ beigebrachten Stadtplans auf den Weg in unser Hotel für die kommende Woche. Das finden wir nach gut zehnmütigem Spaziergang durch die malerische, aber doch schon leicht „drossel-gassig“ angehauchte Sexta, also die Straße Nr. 6. Nach dem Einchecken in dem oberhalb Salentos gelegenen Terrassenhotel mit wunderbarem Blick über das Dorf und das gegenüberliegende Bergpanorama lassen wir uns durch die vielen Kunsthandwerk-, aber auch Souvenirläden treiben.

Am Beginn der Sexta, nahe dem Hauptplatz, liegt eine Art Billard-Cantina, in der sich offensichtlich überwiegend Einheimische mit reichlich Engagement vergnügen. Das ist dann doch eher das Kontrastprogramm zu den teilweise schon recht eleganten Läden weiter oberhalb der Sexta und muss von daher auf jeden Fall in Augenschein genommen werden. Der Schuppen wirkt dann auch wie ein Western-Saloon, in dem sich die Rum-trinkenden Cowboys mit Billard beschäftigen und von uns weiter keine Notiz nehmen. Wir lassen uns an der Bar nieder - der Wirt versucht ohnehin regelmäßig, die Passanten in sein Etablissement hinein zu wedeln - und genehmigen uns aus Testzwecken ebenfalls einen Rum, der es dann auch ordentlich in sich hat.

Die Testreihe setzen wir am nächsten Tag fort, allerdings auf einer Kaffee-Finca. Es geht etwa eine

Stunde Fußmarsch bergab, während die Temperatur gleichzeitig spürbar ansteigt. Wir begegnen einigen Reitern und optimistischen Radlern, ansonsten genießen wir weite Blicke in die bergig-sattgrüne Landschaft. Die Vegetation wird dichter und wir lassen uns von den riesigen, manns-hohen Farnen für die Kamera bis auf den Kopf verschlingen.

In der Kaffeefinca angekommen, beschreibt uns und einer dänischen Touristin höchst anschaulich eine hellwache Studentin den enorm aufwändigen Prozess, wie die Arabica-Beeren heranwachsen und zu Kaffeebohnen werden.

Niemals hätten wir gedacht, dass die Kaffeeproduktion weit aufwändiger als die des Weins ist. Unsere Kaffeelehrerin – es gibt tatsächlich einen kleinen open-air Klassenraum – bindet jedem von uns ein Körbchen um den Bauch und schickt uns in die Sträucher. Wir sollen so viele – reife! – Beeren wie möglich einsammeln. Zeit: fünf Minuten. Das Ergebnis ist niederschmetternd, in meinem Körbchen kullern traurig ein paar Beeren herum, die zu allem Überfluss auch noch in der Mehrzahl unreif grün anstatt rot gefärbt sind. Die Kaffeeplücker haben einen, wie man sich denken kann, Knochenjob, den ich mir nicht viel länger als die fünf Testminuten vorstellen möchte.

Wir lernen, dass Kolumbien nach Brasilien, Vietnam und Indonesien der viertgrößte Kaffeeproduzent ist, bekommen die Röstöfen gezeigt und bekommen zum Schluss der kurzweiligen Führung das hervorragend aufgebrühte Produkt serviert.

In den Tagen darauf lassen wir es entspannt angehen und lernen das friedliche Salento näher kennen. Das war nicht immer so, denn ab der



Salento guia de cafe



Salento Kaffeelandschaft



Salento guia y turistas

Kammlinie der Salento umschließenden Bergkette begann in früheren Jahren das von der Guerilla kontrollierte Gebiet, wie uns der österreichische Hotelbesitzer Lars erklärt. Das ist in diesen Tagen aber kein Thema mehr und wir brechen nach der Ruhephase zu einem Ausflug in das nahe gelegene Wandergebiet Valle de Cocora auf. Zunächst geht es auf der Ladefläche eines Willy-Jeeps bis zum Beginn des Wanderwegs mit einer Ansammlung von riesigen, 50 bis 60 Meter hohen Wachspalmen, dem Nationalbaum Kolumbiens, zwischen denen freundlich blickende schwarz-bunte Kühe leicht verirrt erscheinen. Vor der Ankunft dort wurde unsere kleine chilenisch-israelisch-europäische Reisecombo von einer Militärpatrouille angehalten und zum Absteigen aufgefordert, um dem Kurzvortrag eines sargento über den Naturschutz zu lauschen. Während dieser zehn Minuten blubbert der Jeepmotor völlig dunstlos weiter vor sich hin, was deutlich macht, wie viel Luft zum Thema hier noch nach oben ist.

Im Rahmen einer Sicherheitsoffensive postiert das kolumbianische Militär derzeit an neuralgischen und touristischen Punkten alle fünfzig Meter einen Soldaten am Straßenrand, der freundlich jedem Bus den Daumen-hoch entgegen streckt. Der Busfahrer gibt den Gruß genauso zurück und somit besteht gewissermaßen Einigkeit, dass alles unter Kontrolle ist. Dass mit dieser Taktik einem ernsthaften Guerillaangriff ganz sicher nicht beizukommen wäre, steht für alle Befragten, mit denen wir uns darüber unterhalten hatten, außer Frage. Vielmehr handelt es sich dabei um eine eher folkloristische Maßnahme, aber wenn es beruhigt...

Nach der Unterweisung versprechen wir, kein Papier in die Landschaft zu werfen und laufen kurz später los. Es geht erst mal einige Zeit lang durch die offene Wachspalmenlandschaft mit moderater Steigung einen schmalen Pfad entlang. An dessen Ende dringen wir in einen dichten Nebelwald ein, in dem der Weg zwar breiter, allerdings auch steiler wird und sich an einem Bach entlang windet. Gelegentlich kraxeln wir um kleinere und größere Fels-



brocken herum, die aber noch keine alpinen Fertigkeiten verlangen. Dann ist die erste Hängebrücke vor uns, die beim Überqueren natürlich ordentlich ins Schwanken gerät. Die Holzbretter machen aufgrund ihrer Verwitterung nicht immer den besten Eindruck, halten aber trotzdem unser Gewicht aus. Zwischenzeitlich dringt kurz der Regen durch das Blätterdach, aber die Regenjacke ist auch keine Lösung, man schwitzt nur noch mehr. Begeistert sind wir von den gelegentlich vorbeikommenden Reitern bzw. noch mehr ihren criollos. Unglaublich, wie trittsicher und wendig die kleinen Pferdchen den felsigen Weg, aber auch den Bach durchtraben. Eine Rast, drei Stunden und fünf Hängebrücken später sind wir an der heutigen Endstation Acaime auf 2770 Metern angekommen. Hier wird eine kleine Hütte mit Kaffee- und Keksangebot bewirtschaftet, bei der sich wegen der überall aufgehängten Zuckerspenden reichlich Kolibris tummeln. Nachdem wir die flinken Vögel intensiv abgelichtet haben, geht es denselben Weg, abwärts allerdings deutlich schneller, zurück. Wieder bei den Wachspalmen angekommen, empfängt uns ein recht heftiger Regenguss. Der hält uns aber nicht davon ab, den für die nächste Zeit letzten Jeep-Transport zurück nach Salento zu nehmen, obwohl wir auf der Heckstoßstange stehend und uns am Träger der Persenning festklammernd im strömenden Regen nur mittelmäßig komfortabel reisen. Die Fahrt dauert eine halbe Stunde und danach reicht es auch, denn langsam wurde es doch kalt

und die Finger ziemlich steif. Immerhin haben wir einmal während der vier Wochen im Land gefroren.

Nach einige Ruhetagen, kleinen Streifzügen in die nähere Umgebung und der Bekanntschaft mit der lokalen Spezialität Forelle mit patacon, das sind sehr große, frittierte Kochbananenpfannkuchen, wird es Zeit, die Reise fortzusetzen. Die kommenden vier Tage hatten wir nicht schon von zu Hause aus gebucht und so entschließen wir uns, dem Tipp unseres Hoteliers Lars zu folgen. Er empfiehlt uns, Santa Fé de Antioquia, die alte capitale und eine der heißesten Zonen Kolumbiens, zu besuchen. Das Städtchen liegt zwei Stunden mit dem Bus von Medellin entfernt, wo wir ohnehin hin müssen, da wir das Ticket für den Weiterflug an die karibische Küste bereits in der Tasche haben.

Von Salento nutzen wir die sechsstündige Direktverbindung nach Medellin in einem sehr komfortablen Occidental-Kleinbus. Dabei gibt es wieder abwechslungsreiche Landschaften zu erleben und bei manchmal nicht ganz so spannender Aussicht werfen wir einen Blick auf den Videomonitor, über den der Chauffeur einen sehr gut gedrehten Naturfilm über die vielfältigen Schönheiten Kolumbiens laufen lässt. Das Mittagessen wird in einer Buscompany-eigenen, blitzsauberen und großzügig angelegten Raststätte angeboten, wobei wir wegen leichter Nachwirkungen der eben erst überstandenen revenge Montezumas allerdings noch zurückhaltend sind.

Text u. Bilder: Joachim Richter

Fortsetzung folgt.....